

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postkontonr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 18883. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4598**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle über deren Raum 1.80 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer donnerstags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkshäuser entgegen.

Die Hohenzollernschiebungen.

Berlin, 30. November. (Eigene Drahtmeldung der V. A.) Die gesamte bürgerliche Presse verbreitet eine Erklärung des Reichsvertragers des Kronprinzen, die offenbar die Anklage gegen die Hohenzollern wegen Kapitalverschwendung in der Dessenlichkeit entkräften soll. Aus dieser spaltenlangen Darstellung geht aber nur hervor, daß in der Tat der wegen Kapitalverschwendung unter Anklage stehende Bankier Gruner beim Kronprinzen verkehrt hat, der Kronprinzessin Geld vorgestreckt hat, daß ferner die Kronprinzessin bei ihm ein Konto über mehrere 100 000 Mark unterhalten hat. Weiter geht aus der Schrift hervor, daß die Kronprinzessin einen Teil ihrer Juwelen verkauft hat, um den Erlös nach Holland zu schaffen.

Die nächsten Aufgaben Sowjet-Russlands.

Berlin, 30. November. (Eigene Drahtmeldung der V. A.) Die Rote Fahne veröffentlicht eine Moskauer Meldung aus Moskau über die nächsten Aufgaben Sowjet-Russlands. Trotzki schreibt darüber: Sowjet-Russland stehe vor neuen Aufgaben. Der Friede mit Polen, der Zusammenbruch Zeligowskis, Wrangels, Kalaschowskis kann die russischen Arbeiter und Bauern nicht von einer unausgesetzten weiteren Anstrengung aller vorhandenen Kräfte befreien. Sowjet-Russland hat keine einzige Stunde Zeit, um Siege zu genießen. Wir müssen das Gewehr aus der rechten in die linke Hand geben und in die rechte Hand den Hammer nehmen. Der Kampf gegen Hunger, Armut, Seuchen ist heute der Kampf an einer Front, an der wir noch nicht solche Siege errungen haben, wie an der Wrangelschen, aber wo wir mit derselben Anstrengung der revolutionären Disziplin vorgehen werden. Wir müssen unsere Feinde beweisen, daß wir wirklich in der Lage sind, ein neues Russland zu schaffen.

Entwaffnung russischer Weißgardisten in Polen.

Berlin, 30. November. (Eigene Drahtmeldung der V. A.) Nach einer Moskauer Meldung aus Warschau sind die Reste der ukrainischen Armee und der Armees Peremykino, etwa 20 000 Mann, auf der Linie Toki-Podmowocysta von polnischen Truppen entwaffnet, so daß diese beiden Armeen als nicht mehr bestehend angesehen werden können. Unter den entwaffneten Teilen der Peremykino Armee grassiert furchtbar der Flecktyphus. Die polnischen Sanitätsbeamten haben bisher 800 Kranke registriert. Polen wird gezwungen sein, für die kranken Ukrainer Epidemie-Spitäler einzurichten.

Noch ein Schlemmerhotel polizeilich befehlt.

Berlin, 30. November. Beamte der Wucherabteilung des Landespolicelamts befehlten heute laut B. Z. das Hotel Espinade. Jetzt hat die „Ordnungs“-Presse wieder Anlaß, sich über die „Mühsichtslosigkeit“ gegen das achtbare Hotelgewerbe zu beschweren!

Das Urteil gegen den Direktor des Schieberhotels Eden ist übrigens den Berliner Justizgenossen des Herrn Brandt in die Glieder gefahren. Geführt von dem Vorsitzenden des Gastwirtsverbandes, hat sich am vergangenen Freitag eine Schieberdelegation geradeswegs zum Justizminister begeben und ihm ihren Schmerz um das harte Geschick ihres Kollegen Brandt dargelegt. Und siehe, der Justizminister blieb von den Vorstellungen nicht unberührt. Da er aber doch nicht so ohne weiteres ein Gerichtsurteil auslöschen kann, so wies er ihnen einen andern hoffnungsvollen Weg. Nach § 14 des Wucherergesetzes können Prozesse wieder aufgestoßen werden. Mit diesem persönlichen Fingerzeig des Justizministers noch nicht zufrieden, versanate die Schieberdelegation auch noch, daß alle vor der Aufhebung der Nationalregierung liegenden Verbrechen außer gerichtlicher Verfolgung gesetzt werden und daß man „den Verhältnissen des Volkes Rechnung tragend, keine Sensationsprozesse heraufbeschwöre“. Die Herren drückt ganz offensichtlich der Schuh. Was mit den „Verhältnissen des Volkes“ gemeint ist, leuchtet jedem ein. Die eberlinische Republik ist eine freie Schieber-Republik und die Hoteliers und Gastwirte sind nur ihre besonderen Exponenten. Dem verhielt sich auch der Justizminister nicht, weshalb er die Vorstellungen seines Wohlwollens verscherte.

Die Kosten der Kughavener Heldentat der Ehrhardt-Söldner.

Berlin, 30. November. Wegen des bekannten Zwischenfalles in Kughaven, bei welchem Ententeoffiziere beseitigt wurden, hat der Reichswehrminister dem Vorsitzenden der internationalen Marinekontrollkommission schriftlich sein Bedauern ausgesprochen und die Bestrafung der Schuldigen zugesagt. Die Kontrollkommission hat dagegen folgende Forderungen gestellt:

1. Entschuldigend der deutschen Regierung.
2. Sofortige Entlassung und strenge Bestrafung des Festungskommandanten. Die Bestrafung soll dem Kommandanten in Gegenwart von vier beteiligten Ententeoffizieren verhängt werden.
3. Eingehende Untersuchung des Zwischenfalls zwecks Verhaftung und Bestrafung der Hauptschuldigen.

4. Zahlung von 20 500 Mark Ersatz für die beschädigten Uniformen.

Die ehemaligen Kapp-Gardisten, die in der Marinebefehlshaber-Kughavens sorgfältig gesammelt wurden für neuen Rechtspruch, kosten den Steuerzahlern wieder einen hübschen Bagen Geld.

Die Sozialisten des Seine-Verbandes für die Moskauer Bedingungen.

Paris, 29. November. Auf dem Kongreß des Sozialistischen Verbandes des Seine-Departements erhielt der Antrag Poriot-Frossard, der sich für den Anschluß an die Dritte Internationale von Moskau ausspricht, 13 488 Stimmen, ein Antrag Bonquet für den Anschluß an die Dritte Internationale unter Vorbehalt 214 und ein Antrag Blum und Genossen für den Anschluß an die Zweite Internationale 1061 Stimmen.

Die Föderation der Seine stand in der französischen Partei schon immer auf der äußersten Linken. Ihre Abstimmung ist nicht entscheidend für die Haltung der französischen Partei.

Erhaltung der bayerischen Einwohnerwehren?

München, 29. November. Die Bayerische Staatszeitung erklärt, Veranlassung zu der Annahme zu haben, daß die bisher unbeantwortet gebliebene Einwohnerwehreinfrage an General Klotz jetzt beantwortet werden und daß dabei die bayerische Auffassung nicht unberücksichtigt bleiben werde. Einstweilen lasse sich als Ergebnis der Berliner Konferenzen jedenfalls feststellen, daß die Frage der Auflösung der bayerischen Einwohnerwehr nicht mehr akut sei. Eine andre Münchner Meldung erläutert diese etwas unklare Äußerung der Staatszeitung dahin, daß die Erhaltung der Einwohnerwehren durch ihre „Kontingentierung“ so gut wie gesichert sei.

Es bleibt abzuwarten, ob sich diese Behauptung bestätigt. Unmöglich wäre es nicht, daß die Entente, durch Frankreich beiderseitig, das seine bekannnten Sonderpläne mit Bayern verfolgt, dem reaktionären Bayern als „Vollwerk gegen den Bolschewismus“ die Beibehaltung der Einwohnerwehren gestattet, die dem überlauen Deutschland verlagert werden. Damit die Separierung Bayerns vom Reich wieder einen Schritt weiter getrieben würde.

Ein Schwindler.

Dem Berliner Tageblatt wurde aus Halle berichtet: „Der angebliche Oberleutnant Karl Heinz Hoffmann, der sich in einem Exkurter Lazarett als Mörder der Rosa Luxemburg ausgeben hatte, wurde jetzt auf Grund des Erkennungsverfahrens der Kriminalpolizei als der Konditor Hermann Dittz aus Lüneburg festgestellt. Er ist ein stechbriefflich gesuchter Einbrecher und Betrüger, der von mehreren Staatsanwaltschaften gesucht wird. Seine Behauptungen über die Ermordung der Luxemburg haben sich als gewöhnlicher Schwindel herausgestellt.“

Wertwändig Leute, die sich als Mörder der Genossin Luxemburg ausgeben, schwindeln, die wirklichen Mörder aber laufen frei herum.

Das Kinderelend.

Aus Oberhausen im Rheinland erzählt das Blatt, durch ärztliche Untersuchungen in den dortigen Volksschulen sei festgestellt, daß die Hälfte der Kinder an Tuberkulose leidet.

Und dabei wird der Wucher der Landwirte und Händler durch Ausbeutung der Zwangswirtschaft von der bürgerlichen Regierung weiter begünstigt!

Das Verfahren gegen Erzberger.

Der Staatsanwalt beim Landgericht III hat die gegen den früheren Finanzminister Erzberger erstattete Strafanzeige wegen Steuerhinterziehung dem Finanzamt Charlottenburg übermitteln, das sich jetzt ergeht mit den Beschuldigungen gegen Erzberger beschäftigen muß. Zunächst wird es die Genehmigung des Reichstages einholen müssen.

In der Strafsache gegen Dr. Heffner wegen Beleidigung Erzbergers hat das Reichsgericht Verhandlungstermin auf den 17. Dezember vor dem 2. Strafsenat anberaumt.

Der irisch-englische Krieg.

Savas meldet aus London, daß in Liverpool der Kriegszustand erklärt worden ist.

Nach einer Meldung des Matin aus London ist durch den Brand der Liverpooler Baumwolllager ein Schaden von etwa 400 000 Pfund Sterling angerichtet worden. Man glaubt, daß etwa 50 Personen an den Brandstiftungen teilgenommen haben.

Sonntagsabend stießen zwei mit 17 englischen Polizisten besetzte Kraftwagen in der Nähe von Mill Michael (Grafschaft York) in einen Hinterhalt. 15 Polizisten wurden getötet und zwei verwundet, einer davon tödlich. Die Kraftwagen wurden von den Angreifern, deren Zahl 100 betrug, in Brand gesteckt; die Waffen und der Schießbedarf wurden von ihnen weggeführt.

Die Sozialisten in den italienischen Gemeindevahlen.

In einem Artikel: „Nach dem Siege“ schreibt der Avanti: Ohne Zweifel ist der Sieg groß gewesen. Vergebens versuchen unsere Gegner mit den üblichen Advokatenmähchen ihn zu bestreiten. Vor allem messen sie auch unsern Erfolg vergeblich an der gewaltigen Angst vor noch Schlimmerem; diese während des Kampfes gehegten Furchterheinungen sind häufig bei Schwachen und untergehenden Klassen. Die italienische Bourgeoisie hat so wenig Vertrauen auf sich selbst, ist so auf ihren Untergang vorbereitet, daß sie ihre eigene verzweifelte Lage noch übertriebt. So kommt es, daß ihr nach der Schlacht ihre Niederlage noch wie ein Sieg erscheint. Das Proletariat dagegen und seine Partei ist sich vollkommen bewußt, wessen sie fähig ist, welches ihre Kampfmittel sind, wegt sie nicht in phantastischen Illusionen. Wir wissen, daß wir siegen werden, das Ziel das wir erreichen müssen, und die Etappen auf diesem Wege, sind uns auch wohl der Schwierigkeiten und Gefahren bewußt. Wir sind nicht Menschen, die an Wunder oder die Allmacht des Willens glauben, wir sind Marxisten, die mit Realitäten rechnen.

Wenn wir daher jetzt die bürgerlichen Blätter lesen, die die „liberalen“ Siege von Rom Neapel, Bari und Palermo bejubeln, haben wir nur ein mitleidiges Lächeln. Aber das Angstdelirium der italienischen Bourgeoisie ist bis zu solch hohem Grade gediehen, daß sie auch in den Fiktionen gescheitert zu werden fürchtet, wo sie ihre besten und tapfersten Verteidiger hat und wo sie — im Parlament und auf der Straße ihre Deputierten und Regierungsgruppen hat. Aber warum verherberlichen sie dann nicht den Sieg von Sassari — der von Bellegato und Uboldino? — Wir Sozialisten hatten niemals die Tollkühnheit zu hoffen, daß wir der Bourgeoisie alle ihre Festungen mit einem Male entreißen würden. Wir sind niemals Strategen vom Typ der italienischen Nationalisten gewesen.

Singen stellen wir fest, daß sogar dort, wo es uns vor 2 bis 3 Jahren unmöglich schien, den Sozialismus zu propagieren, für uns die Lage hoffnungsvoll geworden ist durch die rasche Befreiung der proletarischen Köpfe zum sozialistischen Bekenntnis. Rom — wo die sozialistische Propaganda erstickt worden ist durch kolossalen Wahlstich — Rom, die Stadt der Hoteliers und Beamten, erweckt mit seiner Abstimmung die schönsten Hoffnungen für uns, hat unsre optimistischen Voraussetzungen übertraffen.

Genua, bisher die Hochburg des reinsten Merkantilismus einerseits und des demokratisch-freimaurerischen Sozialpatriotismus andererseits hat die verhöhlte Sozialdemokratie als zweite durchs Ziel gehen sehen. In Rom und Genua ist unser Sieg nicht mehr fern. Indessen wachsen andre sich zu kräftigen sozialistischen Kernen aus. Genzano, Moano, Rocca die Papa, Jagarolo und eine Reihe andre ländlicher Gemeinden in der Nähe der Hauptstadt sind unser. Sampierdarena, das für immer das unaußere Strebertum der Sozialpatrioten zu Grabe getragen, Votiv, Rivarolo, Cornigliano, Bolzaneto, Nuova, Quarto, Quinto, sind alles Gemeinden des Industrie-Proletariats, die sich dicht um die bürgerliche Krämerstadt Genua lagern.

Ein wunder Punkt: Estri Ponente, die starke Industriestadt, die den Freimaurer-Demokraten in die Hände gefallen — nach diesen Jahren sozialistischer Verwaltung — und Spezia ist verloren.

Auch dort, wo die Bürgerlichen ihre unerschütterlichsten Kräfte zu haben glauben, in der politischen Hauptstadt und im Zentrum des Handels, hat der Sozialismus sich Wurzel gefaßt. Weniger verheißungsvoll ist für uns ohne Zweifel die Lage in Florenz. Da waren Siegeshoffnungen mehr als begründet. Die schmerzliche und schändliche Niederlage haben wir allein den inneren Streitigkeiten zuschreiben. In Florenz hat man zuviel verschert mit extremer Wortpakterei, die um sich den angeheuren Abschaum des Guten und Schlechten gesammelt hat. Aber als Entschädigung für die verdiente florentinische Niederlage haben wir die ganze toskanische Wahlkampagne zu buchen, ein wunderbares Aufblühen starker proletarischer Kräfte. Und wenn in Arezzo und Piacenza extremistische Wahlenthaltung noch immer den Bürgerlichen zur Vormacht verhilft, können wir uns reichlich mit dem schönen Siege Avanos und Grossetos trösten. Das ganze Total ist unser, mit Ausnahme von Parma, das die Freimaurer-Syndikalistin gewonnen; unser ist auch ein großer Teil der Provinz Venedig, das gegen seine „Befreier“ rebelliert, bis zu Vittoria Veneto, einer Gemeinde, die dem patriotischen Kaufmann heilig ist.

Die Romagna schüttelt das Joch einer alten Tradition ab, die der Form nach republikanisch, ihrem Inhalte nach aber bürgerlich ist. Und die Provinzen Marche und Umbria bringen für uns siegreiche Abstimmungen, ausgenommen dort, wo der Garibaldintismus der Barrikaden die Befreiung dessen, was eine Hochburg der arbeitenden Massen sein könnte, mit Schenkungen löst. Auch im Süden, in Puglia und Sizilien — dem blutigen Sizilien —

haben wir vereinzelt eine Dose für unsere Propaganda und Aktion gewonnen. Werden sich diese Dosen in der ungeheuren Wüste vermehren? Wir hoffen es lebhaft.

Nun bleiben noch unser Mailand und Bologna, wo umsonst bürgerliche Furcht und Mut im Verein mit nationalistischem Verbredertum vor seiner Waffe zurückschreckt, um sie dem Proletariat zu entreißen, Alexandria, Ravenna, Trapani, unser Verona — ehemals forumpiert vom heuchlerischen Patriotismus — heute erfüllt durch das arbeitende Proletariat und den blutigen Opfertod eines seiner Besten, unser ar bell James und Karles Biella.

Unser der Sieg überall. Siege, die uns um so teurer sind, je größer die Anstrengung war, um sie zu erringen. Sozialistische Siege: des einzigen Sozialismus. Siege, die errungen wurden, unter Wahrung der strengsten Disziplin in der Hingebung an die höchsten Interessen der Partei, die von Genossen ausgeübt wurden, die wohl Grund zur Klage gehabt hätten. In Turin ist Gino Galasini — von der Liste ausgeschloffen — in vorderster Schlachtreihe, gerufen von denen, die ihn erst ausgeschloffen. In Mailand hält Claudio Treves — den man morgen ausschloffen wird — öffentlich Gericht (Volkstribunal) und ermahnt die Partei zur Einheit und Solidarität und trägt so zu dem noch unsicheren Siege bei. Und aberhundert andre handeln im Sinne der beiden.

Brüchige Beispiele der Hingebung und des Opfermutes bei Freund und Feind. Konstatieren wir das im Gegensatz zu dem, was in Sestri, Spezia, Arezzo und Florenz geschehen ist, und jagen wir freimütig, ob des Namens Kommunisten diejenigen würdiger sind, die auf dem Altare des allgemeinen Wohles ihr Ich opfern, oder die andern, die berauscht von ihrer eigenen eiteln und arbeitslosen Persönlichkeit das Schicksal der Partei und den Sieg in den Schlachten des Proletariats vereiteln.

Auch diese Lehren sollten wir aus dem Wahlkampf ziehen, der in ganz Italien mit aller Kraft im Namen der sozialistischen Partei geführt worden ist und von ihr in 400000 Gemeinden siegreich geführt wurde.

Die Angst vor der Sozialisierung.

Berlin, 29. November.

Wenn nicht bei den Reden der bürgerlichen Parteien die Angst vor der Sozialisierung zum Ausdruck käme, dann wiese die Ansprache über das so wichtige Kapitel des Reichswirtschaftsministeriums nichts auf, was Veranlassung zu einer Betrachtung geben könnte. Mit besonderem Nachdruck wandte sich der Direktor der Industriellen, der Abgeordnete Reichert, gegen die Sozialisierung und führte alle die Gründe aus den Gutachten an, die von kapitalistischer Seite gegen diese Forderung der Vergeßlichkeit des Bergbaues ins Treffen geführt werden. Er verzicht aber dabei — oder war es Absicht? — den neuesten Streich zu erwähnen, der gegen die Sozialisierung geführt wird, daß nämlich die Generaldirektoren der Bergwerke und die sonstigen höheren Beamten beschloffen haben, ihre Stellen zu verlassen, sobald die Sozialisierung durchgeführt wird. Sie wollen, wie die Frankfurter Zeitung mitzuteilen in der Lage ist, ihre schätzenswerten Kraft nicht der Allgemeinheit, sondern nur dem Privatkapital zur Verfügung stellen. Offenbar rechnen sie auf eine besondere Belohnung durch die Bergherren, wenn sie die Kohlensozialisierung sabotieren helfen.

Der Unternehmerröbling Reichert bemühte sich, von einer sozialistischen Wirtschaftsweise ein abschließendes Bild zu zeichnen, im Gegensatz zur kapitalistischen, wo Initiative herrscht und der Fleiß belohnt wird. Aber zugeben mußte er doch, daß es gegenwärtig sehr trübe aussieht, daß Arbeitslosigkeit herrscht und das Volk Not leidet.

Der Wirtschaftsminister Scholz, der so leise sprach, daß ihn die Stenographen kaum verstanden, suchte für das wirtschaftliche Dienstjahr Stimmung zu machen, ohne jedoch andre Gründe dafür ins Feld führen zu können, als die altbekannten, daß die heutige darniederliegende Wirtschaft nicht anders gehoben werden könne und ähnliches mehr. Gegen den Verdacht, daß man im Reichswirtschaftsministerium Sozialisierungsgedanken hege, die auf eine Beseitigung des Privatbesitzes und der Kapitalisten hinauslaufen, wehrte er sich ganz entschieden. Daß er auch Anhänger der Anebelung der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete ist, darf nach diesem Geständnis nicht mehr wunder nehmen. Eine im Tone heftige, in der Sache aber reformistische Rede hielt der Reichssozialist Goh. Man hätte gewünscht, es wäre umgekehrt gewesen, damit man den klaren Standpunkt seiner Fraktion zum Kampf um die Sozialisierung vernommen hätte. Er sprach zwar auch von Sozialisierung, aber doch nicht so, daß sie als die vornehmste Aktion der Gegenwart anzusehen ist. Dagegen nahm er den Reichswirtschaftsminister wegen der Entlassung von Arbeitern und Angestellten ins Gebet; es sei dies eine ganz unproduktive Gewerkschaftsleistung. Auch über die drohende und völlig unbegründete Kohlenpreiserhöhung verlangte er Auskunft. Die Antwort des Ministers auf die bestimmten Fragen war ausweichend.

Inhaltlos war die Rede des Zentrumsmannes, des rheinischen Großindustriellen Kloeckner. Es ist bezeichnend, daß das Zentrum nach dem Kongress der christlichen Gewerkschaften keinen Arbeitervertreter, sondern einen Ausbeuter vorschickte und damit dokumentiert, daß in ihm gegenwärtig die reaktionäre Richtung obenaufliegt. Um die Arbeiter nicht zu sehr zu reizen, mußte Kloeckner aber eine temperierte Rede halten, wenigstens er nicht ganz vermeiden konnte zu erklären, das Zentrum werde sich allen die Wirtschaft, d. h. die privatkapitalistische Wirtschaft, zerschüttern oder erschwerehenden Experimenten entgegenstemmen. Das ist auch zugleich ein Wink an die christlichen Gewerkschaften, die bekanntlich die halbe Sozialisierung wollen. Daß bei diesem Kapitel eine große Menge Wünsche geltend gemacht werden, ist natürlich, und die Redner haben sich diese je nach ihrer Parteistellung angenommen.

Die Debatte geht morgen weiter; als nächste Redner kommen der volksparteiliche Industrielle Hugo und der Redner unserer Fraktion, Genosse Jaekel, zum Wort.

Von den „hungernden“ Hohenzollern und ihren Helfern.

Zu dem Schieberstand, an dem die „edlen“ Hohenzollern in so hervorragender Weise beteiligt sind, weist die Freiheit darauf hin, daß seinerzeit an die Vorkämpfer der Sozialisten die Weisung ergangen ist, die Korrespondenzen von Mitgliedern ehemals regierender Häuser von der Kontrolle auszuweichen. Das

Interessante dabei ist, daß diese Handhabung, die einer offenen Begünstigung der Kapitalzieher, sowie der unterrevolutionären Konspirationen gleichkommt, unter der Regierung der Rechtssozialisten ergangen ist. Daraus kann man ersehen, wie ernst es diesen rechtssozialistischen Konjunkturpolitikern, die sich jetzt so arg über die fürstlichen Kapitalzieher entrüsten, mit der Bekämpfung der Schiebern ist.

Als die Russen erregenden Enthüllungen über die fürstlichen Schieber erfolgten, ließ der ehemalige Kronprinz erklären, er habe nur ein einziges Mal 5000 Gulden von der Gräfin Schieber erhalten. Selbsten habe er aus den Taschen seines Vaters gelebt. Bürgerliche Blätter haben der Öffentlichkeit oft genug vorgehalten, daß die um das Wohl des deutschen Volkes so verdienten Hohenzollern in Holland buchstäblich darben müßten. In Wirklichkeit aber sind die fürstlichen Delezenzen in Holland von Deutschland aus mit Millionen überschüttet worden, wie folgende Tatsachen beweisen: Im englischen Unterhause war behauptet worden, daß Wilhelm bisher 105½ Millionen Franken bezogen habe. Offiziös wird dazu gesagt, daß das nicht stimmt. Im Januar 1919 habe der nur mit geringen Mitteln gestützte ehemalige Kaiser 400 000 bis 500 000 Mk. erhalten. Im August 1919 seien ihm als nachgezahlte Schatzungsgelder 1,8 Millionen überwiesen worden. Zum Ankauf des Hauses Doorn erhielt er im Dezember 1919 10 Millionen Mark und als Erlös aus dem Verkauf der Häuser Wilhelmstraße 72 und 73, die an das Reich übergingen, 40 Millionen, abzüglich 2 Millionen Steuern. Insgesamt beläuft sich die Höhe der überwiesenen Summen also auf etwa 52,2 Millionen Mark.

Wie man sieht, läßt sich Deutschland, das nicht zuletzt durch die Schuld der Hohenzollern an den Bettelstab gedrückt worden ist, seine Fürsten auch jetzt noch einen schönen Bagen Geld kosten. Während in Deutschland Hunderttausende von Menschen in Krankheit und Elend verkommen, schickt man Millionen über Millionen ins Ausland, um den Mitschuldigen an diesem Elend die Fortführung eines sorgenfreien, „handesgemäßen“ Lebens zu ermöglichen. Die Hohenzollern hätten wirklich allen Anlaß, mit der deutschen Revolution von 1918 zufrieden zu sein. Angesichts des riesigen Schuldkontos, das ihr Geschlecht aufzuweisen hat, haben sie wohl einst selbst nicht zu hoffen gewagt, daß ihnen gegenüber mit solcher Milde und Rücksicht verfahren würde. Man lese nur den folgenden kleinen Ausschnitt aus der „ruhreichen“ Geschichte der Hohenzollern, der in einer Zuschrift an die Berliner Volkszeitung gegeben wird:

„Über Blättern wir weiter im Album der Hohenzollern-Geschichte. Da ist der spanische Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I., das Ideal aller Altpreußen, die für Sparsamkeit und Mächtigkeits Schwärmer. Nur wenige wissen, daß dieser Preußenkönig einen Getreidewucher betrieb, der ihn als unerreichtes Vorbild aller heutigen Schieber und Wucherer erscheinen lassen könnte. Sein Hofhistoriograph Rahmann berichtet, daß der König Getreidemagazine anlegen ließ, die in wohlfeilen Jahren gefüllt, in Zeiten der Teuerung um hohen Preis ausverkauft wurden. Stellten sich freiwillig keine Notjahre ein, so wurden die Wäcker gezwungen, das Korn zu bestimmtem Preis aus den königlichen Magazinen zu kaufen, damit man diese mit frischem wohlfeilem Getreide füllen könnte.“

In der Prägung schlechter Münze leistete bereits Friedrich Wilhelm I. Erstleistungen. Mit schöner Offenherzigkeit berichtete Rahmann, daß der Preuß nicht so gar groß, als er wohl hätte sein können, daferne des Königs Mächtigkeits angeht gewesen, einen mehreren „nehmen“. Unter Friedrich Wilhelm I. hatte eine Bevölkerung von kaum 2 224 000 Menschen ein Heer von 80 bis 90 000 Mann zu ernähren. Die Gesamteinkünfte betrugen 5 977 400 Taler. Davon verbrauchten die Soldaten allein schon 5 Millionen, d. h. sechs Siebentel aller Einkünfte.“

Es würde eine ebenso laune wie interessante Liste ergeben, wenn man alle die Fälle von Verwöhnungen und Verschwendung von Geldern und Gütern durch die nach der frommen Sage angeblich so sparsamen Hohenzollernnischen einmal zusammenstellen möchte. Der letzte Wilhelm auf dem deutschen Thron hat während seiner Regierungszeit immer besonders gern auf die Taten und Verdienste seiner Vorfahren hinweisen und seine Wägen als leuchtende Vorbilder hinstellen. Wahrscheinlich ist es dieser besonderen Pflege der alten hohenzollernschen Tradition zu danken, daß sich die recht lebenden Hohenzollern so erfolgreich als Schieber und Verschleuderer deutscher Güter betätigen können.

Ueber Einkünfte und Vermögen der Hohenzollern wird dem Berliner Volksblatt aus seinem Leserkreis geschrieben:

„Im Hinblick auf die Reichstagsdebatten über die notleidenden Hohenzollern“ dürfte es vielleicht nicht ohne Interesse sein, die weltliche Vermögenslage des vormaligen Kaisers und Kronprinzen festzustellen. Weltwirtschafswissenschaftliche deutsche Zeitungen noch eine zutreffende Notiz gelesen, während man in Holland genau informiert ist, denn seit kurzem sind sowohl Wilhelm II. wie der frühere Kronprinz zur Steuer veranlagt worden. Danach wurde der kaiserliche Privatmann mit einer Jahresrente von 1½ Millionen holländischer Gulden zur Steuer herangezogen, und zwar, wie ausdrücklich vermerkt war, mit keinem Einverständnis. Zur gleichen Zeit wurde das zu verzeichnende Jahresinkommen des Kronprinzen von der zuständigen Behörde mit 40 000 holländischen Gulden festgesetzt. Bei Wilhelm II. wurde von den Zeitungen anlässlich seiner Steuerveranlagung noch besonders betont, daß der Exkaiser „sich auch darin nicht aequal habe“, daß er sich in einer der finanziell am besten gestellten Gemeinden, nämlich in Doorn, anzuhalten habe, wo die Kommunalsteuern gering sind. In Doorn zahlt er jährlich etwas über 33 000 holländische Gulden Gemeindesteuern. Umgerechnet in Mark beläuft sich also die Jahresrente des ehemaligen Kaisers augenblicklich auf 30 Millionen, die kapitalisiert einem Vermögen von etwa 600 Millionen Mark entsprechen würden. Das Jahresinkommen des früheren Kronprinzen in Höhe von 40 000 holländischen Gulden entspricht nach dem heutigen Wertstand einer Rente von 800 000 Mk. Unbegreiflich muß es danach anmuten, wenn Graf Westarp in seiner Reichstagsrede vom 21. November behaupten konnte, die Revolution habe das ganze Privatvermögen der Hohenzollern weggenommen.“

Der Berliner Bürgerrat als Finanzier der Mörderzentrale.

Zum Scheidemann-Prinz-Prozess.

Gestern haben wir auf die Rolle des Berliner Bürgerrats als Geldgeber für die Mörderzentrale kurz hingewiesen. Ueber die Freitag-Verhandlung des Prinz-Prozesses, in der diese Sache zur Sprache kam, sei noch folgendes nachgetragen:

Als erster Zeuge wurde der Vorsitzende der rechtssozialistischen Partei Wels vernommen. Wels war früher Stadtkommandant. Die Gerüchte, daß auf die Befestigung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht Geldprämien gesetzt seien, waren auch ihm und Scheidemann zu Ohren gekommen. Beide hätten damals aber darüber nur gelsacht (!) Den Gedanken, daß damalige Regierungsmitglieder politische Gegner durch Mord hätten beseitigen wollen, wußt Wels als unmöglich zurück. Die einbringlichen Fragen des Verteidigers des Angeklagten Prinz, des Rechtsanwalts Stiller, bringen Wels in Verlegenheit. So weicht er auf die Frage, ob denn die Regierung etwas Ernstliches zur Aufklärung der Morde unternommen habe, nur zu erwidern, daß er dies annehme.

Bedeutungsvoller sind die von dem nächsten Zeugen, dem früheren Stadtkommandanten Fischer gemachten Erklärungen. Fischer hatte auf der Kommandantur eine Nachrichtenstelle eingerichtet, um, wie er sich selbst ausdrückte, die Räubeführer des Aufstands

zu fassen. Die Frage des Verteidigers, ob er seinen Leuten erklärt habe, sie müßten alles auf die eigene Kappe nehmen, bejahte Fischer. Ebenso bejahte Fischer, daß er von verschiedenen privaten Stellen „Geld zur Verhütung der Soldaten- und zur Belohnung“ zur Verfügung gestellt bekommen habe, und nach einigen Jägern nennt er als Geldgeber den Bürgererrat von Berlin und als Einzelperson den Konsul Leon Simon. Als weiter vom Verteidiger an den Zeugen die Frage gerichtet wird, warum er denn dem von ihm für geisteskrank gehaltenen v. Tschka dennoch weiter beschäftigt habe, antwortete Fischer: Solange er keine Dummheiten machte, ließen wir ihn gewähren. (?)

Dr. Paul Levi als letzter Zeuge gab eine Schilderung der am Abend dem 8. Dezember durch Tschka erfolgten Verhaftung Liebknechts und erklärte, daß diese Verhaftung nur die erste Aktion eines Mörderkollegiums war, das dann später etwas lebendiger geworden sei.

Deutschland.

Wermuths Richtschnur unausschießbar.

Wie Wolffs Bureau meldet, hat Oberbürgermeister Wermuth auf Anfrage erwidert, daß er mit Rücksicht auf die ausbrechende Forderung des Arztes aufgehoben sei, seinen Antrag auf Verlesung in den Ruhestand hinauszuschleppen und die Amtsgeschäfte weiter zu führen. Er hat sich jedoch bereit erklärt, dem Bürgermeister Ritter für die nächste Zeit bei den Ueberleitungsarbeiten, soweit er dazu imstande ist, mit Rat und Tat auferntlich zur Verfügung zu stehen, und zugleich gebeten, die Neuwahl, so sehr als irgend möglich, zu beschleunigen.

Annahme der preussischen Verfassung. Die preussische Landesversammlung hat den Verfassungsentwurf in dritter Lesung angenommen. Die Uebergangs- und Schlußbestimmungen sollen am Dienstag erledigt werden.

Die Reichstagsabnahmen in Ostpreußen und Schlesien. In einer Besprechung der Regierungsvertreter und Vertreter der Reichstagsfraktionen wurden die von der Regierung ausgearbeiteten Ausführungsbestimmungen aufgegeben.

Zentrumsparteitag. Vom 11. bis 13. Dezember findet ein Parteitag der preussischen Zentrumspartei statt, der sich vornehmlich mit der Vorbereitung der Wahlen zum ersten preussischen Landtag und mit dem Ausbau der Parteiorganisation beschäftigen soll.

Zeitstrafenverbot im besetzten Gebiet. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die Einfuhr der Zeitung Mannheimer Tagblatt in das besetzte rheinische Gebiet auf einen Monat, die des Kaiserers Jahrer Hülfsboten und der Zeitchrift Gegenrechnung auf die Dauer von drei Monaten verboten.

Der neue Prozess gegen die Marburger Studenten. In dem Strafverfahren gegen die Marburger Zeitfreiwilligen, dem cand. jur. Höbel und dreizehn Studenten, wegen Totschlags an fünfzehn Thaler Bürgern ist nach einer Uebung des Berliner Tagblattes der 13. Dezember dieses Jahres als Beginn des Hauptverhandlungstermins gegen die Angeklagten vor dem Schwurgericht Kassel in Aussicht genommen.

Luxemburgs Zahlungen für deutsche Kohlen. Zwischen Luxemburg und Deutschland ist unter Mitwirkung der Reparationskommission ein Vertrag abgeschlossen worden, nach dem Luxemburg als Anteil des Deutschlands zu leistenden Vorkaufes für gelieferte Kohlen vom August bis Februar die Summe von 60 Millionen Frank abt.

Erhöhe für den Mord in Oberingelheim. Die deutsche Regierung war wegen des Vorfalles in Oberingelheim, wo französische Soldaten ein junges Frankfurter Mädchen gefötet hatten, bei der französischen Regierung vorstellig geworden. Die französische Regierung hat nunmehr dem deutschen Botschafter in Paris die Mitteilung gemacht, daß ein Gerichtsverfahren wegen Mordes und Mordversuches gegen die beteiligten Soldaten eingeleitet worden ist und daß ferner die französische Regierung bereit ist, eine Entschädigung von 25 000 Frank zu zahlen.

Die neue Zeitunggebührenordnung, die ursprünglich bereits am 1. Juni dieses Jahres in Kraft treten sollte, deren Inkrafttreten dann aber auf Wunsch der Zeitungsvetleger zweimal hinauszugeschoben worden ist, tritt laut Kabinettsbeschluss nun am 1. Januar 1921 in Kraft.

Erhöhung der Kinderzulagen für Reichsbeamte. Das Reichskabinett hat beschloffen, dem Reichsrat und dem Reichstag eine Vorlage wegen Erhöhung der Kinderzulagen der Beamten zugehen zu lassen.

Keine Schamlosigkeit. Der Reichswehrminister hat gegen unser Wilhelmshavener Volksblatt Die Tat Strafantrag gestellt. Warum? Am 31. Juli fand eine Gerichtsverhandlung gegen zwei Reichswehrosoldaten statt. Sie hatten einen Menschen, der arbeitslos und zeitlich seiner Wohnung zuhause, ohne jeden Grund niedergeschossen und verblutet lassen. Das Militärgericht hat den einen dieser Mordtaten freigesprochen, den andern zu der lächerlich geringen Strafe von 1 Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der als Verteidiger der Angeklagten wirkende Offizier, Hauptmann Ernst, hatte in seiner Verteidigungsrede u. a. ausgeführt: „Man werde es bei den Soldaten nicht verstehen, wenn die Angeklagten bestraft würden.“ Diese Bemerkung war von unserm Parteiblatt als eine Schamlosigkeit bezeichnet worden. Aus diesem Grunde erfolgte der Strafantrag. Jeglicher Zulaß ist überflüssig.

Verkauf des deutschen Landbesitzes in Ostafrika. Wie die Times melden, werden Maßnahmen getroffen, um den gesamten deutschen Landbesitz in dem normal des deutschen Ostafrika, aus dem so gut wie alle deutschen Staatsangehörigen vertrieben sind, zu verkaufen.

Reichstag.

Berlin, 29. November 1920.

Am Regierungstisch: Scholz.

Reichswirtschaftsministerium.

Die zweite Lesung des Reichshaushaltplanes wird fortgesetzt beim Haushalt für das Reichswirtschaftsministerium. Der Ausschuss — Referent Abg. Kiefer (D. Vp.) — schlägt einige Entschleunigungen vor, in denen er die Aufhebung der Verordnungen über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. und 12. Dezember 1918 fordert für etwaige Maßnahmen auf dem Gebiete des gewerblichen Kredits. Weiter wird gefordert eine Erweiterung der Zuständigkeit des Reichswirtschaftsgerichts. Die Reichsregierung wird ersucht, für die Königsberger Schmelzen 7½ Millionen Mark im Ergänzungsetat einzusetzen unter der Voraussetzung, daß auch Preußen sich mit einem angemessenen Beitrag beteiligt. Schließlich wird die Reichsregierung ersucht, bei den neuerlichen Verhandlungen über ein Kohlenabkommen dahin zu wirken, daß Deutschland die notwendigen Mengen hochwertiger Kohle gelassen und die steigende Förderung der nordfranzösischen Gruben voll berücksichtigt wird. Eine Minderung der Papierpreise wird für notwendig gehalten. Ein Antrag aller bürgerlichen Parteien fordert gerechte Verteilung der Reichsaufträge.

Reichswirtschaftsminister Scholz: Es ist unmöglich, ein Wirtschaftsprogramm vorzulegen, weil die Zeit noch nicht gekommen ist, um mit einem festen und dauernden Programm wirtschaftlicher Natur zu arbeiten. Allerdings lassen sich einige Gesichtspunkte herausgreifen, von denen aus versucht werden könnte, der Hebung des Wirtschaftslebens beizukommen. Gegenwärtig stehen die Verpflichtungen Deutschlands aus dem Friedensvertrage noch nicht fest. Wir können ebensowenig kalkulieren wie der Kaufmann, der vor fremden Tatsachen steht. Zuerst müßten wir die Wiederherstellungsbedingungen kennen. Es ist bedauerlich, daß in Spa nichts geschieht und daß Genf noch auf sich warten läßt. Es ist die höchste Zeit, daß das deutsche Volk über seine wirtschaftlichen Belastungen endlich Klarheit erhält. Der zweite

wunde Punkt ist das dauernde Wanken unserer Valuta, die gesunde Konfidenz auf allen Wirtschaftsebenen verhindert. Das ist zum Schaden der Verbraucher- und Industriellenkreise. Das Kohlenabkommen von Spa hat der deutsche Kohlenbergbau bisher so loyal erfüllt, daß uns auch von außen die Anerkennung zufließen wird. Intensive gemeinschaftliche Arbeit zwischen Unternehmern und Arbeitern haben das Resultat ermöglicht. Von dieser Stelle aus sei insbesondere den deutschen Bergarbeitern, die aus väterlichen Interessen und Sozialpflichtgefühl zur Volksgemeinschaft mehr Arbeit geleistet haben, der Dank der Reichsregierung ausgesprochen. (Bravo.) Die Kohlenförderung hat zugenommen. Für November, Dezember und Januar ist infolge der vielen Feiertage, denn jeder Tag zählt, ein Rückgang zu erwarten. Wir gehen schwierigen Zeiten entgegen. Der Minister weist an der Hand von Ziffern die unangebrachten Bewilligungen eines Teils der Presse zurück, als ob zu wenig zur Minderung der Förderung geschehen sei. Erhebliches wurde geleistet in der Schaffung von Wohngelegenheiten. Es konnten 70 000 Steinkohlenarbeiter untergebracht werden, während der Bau von 4500 Wohnungen in Angriff genommen wurde. Außerdem wurde eine Lieferung von Lebensmittelzuschüssen und Kleidungen an die Bergarbeiterschaft ins Werk gesetzt. Nach dem Kohlenabkommen von Spa ist die Förderung von 269 000 auf 349 000 Tonnen pro Tag gestiegen. Die Wagenstellung blieb allerdings hinter dem Bedarf zurück. Vor allem ist es nicht möglich, die Gaswerke mit den nötigen Winterölräten zu versehen, ebensowenig wie die Eisenbahnen und die Schiffe. Am härtesten betroffen durch das Abkommen von Spa ist unsere heimische Industrie, die eine Einbuße von 10 Prozent erleidet, welche durch Brickets und Braunkohlen nur zum Teil ausgeglichen werden kann. Die Entente fordert vor allem Qualitätskohle. Eine Aufrechterhaltung der Kohlenlieferung des Spaer Abkommens in bisheriger Höhe kann nach meiner Auffassung auf längere Dauer nicht halten und muß zu unhaltbaren Zuständen führen. Vor allem muß sie die deutsche Leistungsfähigkeit ganz entschieden negativ beeinflussen.

Die Kohlenvorräte in Frankreich steigen immer mehr und mehr. Nach einer Pressenote erklärte der französische Arbeitsminister, daß die Kohlenvorräte der Pariser Gasanstalten im Jahre 1919 an seinem Tage 25 000 Tonnen überschritten, Anfang September 1920 überstiegen sie aber 900 000 Tonnen. (Hört, hört!) Dagegen standen den gesamten deutschen Gasanstalten nur 401 000 Tonnen zur Verfügung. (Unerbittl.) Ein weiteres Problem bedeutet für uns

die Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen beträgt zur Zeit über 348 000, wozu noch 334 000 Angehörige hinzuzurechnen sind. Das die landwirtschaftliche Produktion betrifft, so ist sich die Reichsregierung klar, daß die Ernährungspolitik in erster Reihe von der Förderung dieser Produktion abhängig ist. Es gilt, die notwendigen Düngemittel sicherzustellen, um uns vom Auslande möglichst unabhängig zu machen. Es müssen ausreichende Nahrungsmittelreserven geschaffen werden. Die allgemeine Not des Mittelstandes zwingt uns, noch einem Problem unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden: der Senkung der Preise der landwirtschaftlichen Produktionsmittel. Angesichts der Tatsache der Erschöpfung unseres Bodens ist die Zufuhr billiger Düngemittel von besonderer Wichtigkeit. — Die Ausfuhrpolitik einschließlich der Devisenpolitik muß unbedingt einheitlich geleitet werden. Dazu ist im Schöße der Reichsregierung jetzt der Wirtschaftsrat gebildet worden unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministers. Die Einfuhr der noch jugendliche Bewirtschafteten Artikel ist nur durch das Reich zulässig, um die Einfuhr von Luxuswaren fernzuhalten. Zur Stärkung der Produktion kann Finanzierung der Rohstoffversorgung besonders beim Handwerk ein günstiges Mittel sein. Die Fertigungsfabrikationsuhr muß mit allen Mitteln gefördert werden. Die Förderung des Bauwesens wird sich die Regierung auch weiterhin besonders angelegen sein lassen, ebenso die Verminderung der Arbeitslosen, besonders durch Ausfuhr von Kolonialarbeiten, als welche der Ausbau des Rhain und der Donau sowie des Mittelstandkanals und andre vorbereitet sind. (Beifall.) Zur Verbreiterung unseres Marktes ist notwendig, künstliche Handels- und Wirtschaftsverträge vorzubereiten, woran im Ministerium bereits gearbeitet wird. Das wirtschaftliche Dienstjahr hatte ich persönlich für den Aufbau Deutschlands für unbedingt notwendig aus wirtschaftlichen und ethischen Gründen. (Anruhe links.) Gegenüber vielen Schwierigkeiten weise ich darauf hin, daß bereits verschiedene Länder, wie Bulgarien usw., dieses Problem gelöst haben, und zahlreiche andere sich damit befassen. (Beifall rechts.) Auch die Reichsregierung wird dieses Problem prüfen, ohne vorläufig eine Entscheidung zu treffen. Notwendig ist ferner ein dezentralisierter organischer Aufbau unseres Wirtschaftslebens, die Wiederbelebung des Steinigen Gedankens der Selbstverwaltung, was der Ausbau der Bezirkswirtschaftsräte als Unterbau zum Reichswirtschaftsrat besondere Gelegenheit bietet. Wie weit diese regionale wirtschaftliche Selbstverwaltung auch zu einer Individualisierung der Steuererhebung usw. führen könnte, müßte ein eingehender Gedankenaustausch ergeben. Ohne eine Einsicht unserer Vertragskontrahenten wird Deutschland allerdings nie zur Gesundung seines Wirtschaftslebens kommen. Der Minister endet mit einem Appell an die Parteien zur Mitarbeit im gesunden Optimismus. (Beifall bei den Bürgerlichen.)

Hg. Hoh (Soz.): Wir haben gedacht, daß die Rede des Ministers davon ausgehen würde, daß alle bisherigen Mittel zur Wiederherstellung der Wirtschaft versagt haben. Wir sind nicht aus der Not herausgekommen, sondern nur tiefer hinein. (Sehr richtig!) Wir vermischen insbesondere das Eingehen auf die auch von bürgerlicher Seite gemachten Vorschläge zur Stabilisierung der Valuta, wie sie z. B. in der Frankfurter Zeitung in der Regierung zur Schaffung eines internationalen Konfortiums oder ähnlich in den Verhandlungen des Banklertages zum Ausdruck kamen. (Sehr richtig!) Vollkommen planlos steht der Minister auch dem fürchterlichen Zustand der andauernd passiven Handelsbilanz gegenüber, wodurch die Valuta ja dauernd sinken muß. Da eine beträchtliche Steigerung der Ausfuhr unmöglich ist, ist eine strenge Reglementierung der Einfuhr um so notwendiger. (Sehr richtig!) Aber hier wird gar nichts getan, denn auch heute noch ist in Deutschland für Geld jede Kostbarkeit und jeder ausländische Luxusartikel zu haben, genau so wie dauernd Luxuslokale eröffnet werden, während für den Bau von Arbeiterwohnungen kein Geld vorhanden ist. Die Wirtschaftskrise ist ungeheuer ernst, die Lebensmittelknappheit macht sich allortorten bemerkbar und dabei sehen wir erst am Anfang des Erntejahres. Können Sie uns, Herr Minister, wohl Garantien geben, daß wirtschaftliche und wohlüberlegte Maßnahmen vorgenommen werden? Wenn unsere Valuta so weiter sinkt, dann wird es bald unmöglich sein, auf dem Wege des Kredits Lebensmittel einzuführen. Es muß vor allem dafür gesorgt werden, daß das deutsche Volk mehr schaffen und mehr Reichthümer erzeugen kann. Die Teuerung hat die Leistungsfähigkeit unseres Volkes lähmgelegt. Fällt die Valuta, bleib die Teuerung — folgt die Teuerung, fällt die Valuta. Die Preispolitik muß eine andere Richtung bekommen. Der Frage der Besteuerung ist die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Presse spricht bereits von einer bevorstehenden Teuerung im ganzen Reiche. Der Herr Reichsminister muß sich auch um die Sparbarkeit in den einzelnen Betrieben kümmern, womit aber nicht gesagt sein soll, daß Leute, die gebraucht werden, einfach hinausgeworfen werden. Während auf der einen Seite die größte Not ist, steigen auf der anderen Seite die Gewinne ins Unermessliche. Immer neue Unternehmen, neue Konzerne werden gegründet, der Ring des Kapitals schließt sich immer fester. Das Bestreben geht dahin, das gesamte Wirtschaftsleben in der Hand einer kleinen Gruppe von Großkapitalisten zusammenzufassen. Das ist für unsere Verhältnisse, für unsere Zeit unmöglich. Unser deutsches Proletariat, das schon vor dem Kriege gegen die wirtschaftliche Bergewaltigung protestiert hat, steht jetzt, nach der Revolution, um so mehr auf dem Standpunkte, daß es sich wirtschaftlich nicht kugeln lassen darf. Eine

Arbeiterkassette in solchen Fällen vermöchte uns aus dem wirtschaftlichen Elend nicht zu befreien. Von der Sozialisierungskommission ist die Frage aufgeworfen worden, ob die hervorragenden Leiter in der Kohlenwirtschaft bei der Sozialisierung übernommen werden können. Dr. Rathenau hat darauf Antwort gegeben. „Ich kenne die Herren Stinnes und Inhang; die Herren denken gar nicht daran, im Falle der Sozialisierung auf ihren Posten zu bleiben, denn in dem Augenblick, wo die Kohlenbetriebe in die Verwaltung der Allgemeinheit übergehen werden, da lassen die Herren alles im Stich und gehen davon.“ Das ist Vaterlandsverrat! (Sehr richtig!) Der bedeutendste Schritt zur Hebung unseres Wirtschaftslebens ist die Mehrproduktion von Kohle, weil dadurch auch die anderen Industrien gefördert werden. Die Bergarbeiter haben sich trotz aller Schwierigkeiten für das Wohl der Gesamtheit hergegeben; sie sagen auch heute noch: Wir wollen unsere Pflicht tun für die Allgemeinheit, aber nicht ausgebeutet werden! Die Kapitalisten dagegen sagen: Wenn wir nicht ausbeuten können, dann pfeifen wir darauf. (So ist es!) Zu einer wirklichen Produktionspolitik werden wir erst dann kommen, wenn die Arbeiter vom Joche der Ausbeutung befreit sind. (Sehr richtig!) bei den Soz.) Die Kohlengruben müssen in die Bewirtschaftung der Allgemeinheit übergeführt werden. (Auf einen Zwischenruf von der Rechten): Mit Schlichtungsausschüssen werden Sie, meine Herren, nichts erreichen. Machen Sie die Arbeiter zu freien Männern! (Sehr richtig!) Auch dem Mittelstande wird mit Worten nicht geholfen sein. Ueberall bleiben die Lohnhöfungen hinter der Teuerung zurück. Ich habe den Eindruck, daß bei uns eine Verhinderungspolitik auf allen Gebieten betrieben wird. Herr Minister, sagen Sie doch einmal klipp und klar: Diese oder jene Gesetzesvorlage kommt an diesem oder jenem Tage. Ungeheuerliche Formen nimmt die Dividendenpolitik an. Sie ist ein aufreizendes Mittel für unsere Arbeiterkassette. Fortwährend werden riesige Ueberschüsse ausgeschüttet, die Dividenden verdoppeln sich jedes Jahr; warum wird da nicht eingespart? Jawohl, Herr Minister, das steht mit Ihrem Ressort in innigstem Zusammenhange. Hier muß eingegriffen werden, weil es ein Krebsgeschwür an unserem Wirtschaftsleben ist. In bürgerlichen Kreisen besteht die feste Ueberzeugung, daß die Regierung gar nicht daran denkt, die Sozialisierung durchzuführen. Wir verlangen, daß bringende und rasche Vorbereitungen zur Sozialisierung getroffen werden. Die Kraft unseres Volkes geht infolge der Ernährungsverhältnisse zu Ende. Brot- und Kartoffelversorgung sind vollständig untergraben, die Aussichten auf Besserung zweifelhaft, die Arbeitslosigkeit wächst. Da kommt man jetzt den Arbeitern mit den Stinnes'schen Sozialisierungsmandat. Täuscht euch nicht, ihr Herren. Allen Westparks, Helfers, Strelchmannern, Ludendorfs und den anderen edlen und besten der Nation zum Trost wird die Arbeiterkassette frei werden, wird der Sozialismus uns führen zu einer glücklichen Zukunft. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Hg. Kühner (Zentr.): Die wichtigste Arbeit, die dem Reichswirtschaftsministerium zukommt, ist eine schnelle Erhöhung der Kohlenförderung. Die Folgen des Kohlenabkommens von Spa für unser Wirtschaftsleben sind katastrophal. Zur Zeit ist wichtig die Erhöhung der Belegschaften, die wieder abhängig ist von der Frage der Wohnungen. Die Kohle ist der einzige Gegenstand, den wir exportieren können. Es ist Pflicht, eine ausgiebige Versorgung mit Lebensmitteln für die Arbeiterkassette zu gewährleisten. Eine Erhöhung der Kohlenpreise ist mit Rücksicht auf die weittragende Auswirkung auf die anderen Erzeugnisse augenblicklich nicht angebracht. Der Tiefstand unserer Valuta hat seine Ursachen auch in der Verklammerung deutschen Vermögens von Seiten Englands und Amerikas.

Hg. Reichert (Dnat.): Die wichtigste Frage des Wiederaufbaues ist die Entpolitisierung unserer Wirtschaft. (Sehr richtig!) Dazu ist es notwendig, daß der Einfluß des Reichswirtschaftsrats festgelegt wird und daß die breiten Massen sich von der Unhaltbarkeit der sozialistischen Ideologie überzeugen. (Widerspruch links.) Wo der Sozialismus bisher in irgendeiner Form aufgetreten ist, hat er Schiffsbruch erlitten, denn der Eigentumsbegriff liegt im menschlichen Charakter begründet. (Sehr richtig!) Rechts; Widerspruch links.) Zwischen Unternehmer und Arbeiter muß das Gemeinsame mehr betont werden. (Sehr richtig!) Der Bergbau darf auf keinen Fall isoliert betrachtet werden, sondern muß in Verbindung mit der bearbeitenden Industrie betrachtet werden. (Sehr richtig!) Die Konzernbildung ist eine unbedingte Notwendigkeit. Der Aufwand von 700 000 Mk. für die Sozialisierungskommission kann gespart werden, denn die ganze Arbeit der Sozialisierungskommission kann durch den Reichswirtschaftsrat erledigt werden. Von überhöhen Gewinnen kann angelehnt das geluntene Geldwertes nicht gesprochen werden, am wenigsten in der Kohlenwirtschaft. (Beifall rechts; Widerspruch links.) Die Kleinaktie ist gut und notwendig, denn der Arbeiter will am Erlöse des Wertes teilhaben, andererseits aber auch seine Sparrkraft gerade angesichts der Ueberforderungsgefahr in den Dienst des Wertes stellen. (Beifall rechts; Widerspruch links.) Das wirtschaftliche Dienstjahr und die autonomen Selbstverwaltungsorgane scheinen uns Wege zu sein, um mit dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft wieder voranzukommen. (Beifall rechts.)

Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz weist verschiedene vorgebrachte Beschwerden als nicht in sein Ressort gehörig zurück. Gegenüber den Ausführungen des Hg. Hoh weise ich darauf hin, daß ich ausdrücklich von der Notwendigkeit der Einheitlichkeit der Ein- und Ausfuhr gesprochen habe, besonders aus dem Verbot der Luxuseinfuhr, dagegen allerdings betont habe, daß ein festes und durchgreifendes Programm heute nicht vorgelegt werden kann. (Sehr richtig!) Wenn betreffend der Kohlensozialisierung Herr Hoh zu seiner Entschuldigang auf die Schwierigkeiten der vorigen Regierung verwiesen hat, so besteht heute noch genau dieselbe schwierige Situation. Die Regierung muß für eine ruhige wirtschaftliche Entwicklung Sorge tragen. Sie hat die Behandlung der Sozialisierungsfrage aus dem politischen Parlament verlegt in ein Fachkollegium von Sachverständigen und hofft damit, daß auch für die Reihe der Arbeitnehmer die Lösung eine befriedigende sein wird. Wenn der Hg. Hoh diesen Weg als nicht gangbar bezeichnet, könnte man leicht annehmen, daß er diesen Weg nicht wünscht. Die Regierung hat damit ihrerseits getan, was sie vorläufig tun konnte.

Die Debatte wird abgebrochen. Dienstag, 1 Uhr: Anfragen, Abstimmung über die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten, Fortsetzung der abgebrochenen Beratung. Schluß 6 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Notlage der Eisenbahner.

Das Milliardendefizit der Staatsbahnen vermindert sich nicht, sondern wird immer größer. Die bürgerlichen Kreise finden keinen andern Ausweg als die Herabsetzung der Zahl der im Eisenbahndienst beschäftigten Beamten und Arbeiter. Bei dieser Propananda oeriert man mit Zahlen, die absolut nicht haltbar sind. Man erklärt, bei einem durchschnittlichen Einkommen eines Bediensteten von 13 000 Mk. pro Jahr würde man eine Ersparnis von jährlich 20 Millionen haben, wenn 150 000 Eisenbahner entlassen würden.

Diese Entlassungen wären nun schon längst eingetreten, wenn sich nicht die Organisationen, der D. E. V. und die Betriebsräte, ganz energisch dagegen gewehrt hätten. Aber die Geheimen Regierungsräte wissen diese mitleidigen Instanzen zu umgehen, indem sie inständig im ganzen Direktionsbezirk Halle eine Veranschaulichung des Personals vornehmen. Bedienstete, die in Wahren beschäftigt waren und auch dort in der Umgebung wohnten, wurden nach Schönefeld verlegt. Trotzdem man erst im Sommer dieses Jahres von Schönefeld Leute nach Wahren berufen hatte, die auch noch jetzt in Paunsdorf und Taucha wohnen. An eine Rückverlegung dieser Leute wurde nicht gedacht, denn da wird man sie ja auch nicht los, sondern man muß die Leute von Ort zu Ort heben und ihre Dienststelle so weit wie möglich von ihrem Wohnort entfernen, damit sie aus Bedrugh, weil sie täglich

mehr als 15—16 Stunden unterwegs sind, allein das Arbeitsverhältnis aufkündigen. Dann haben die Herrschaften das erreicht, was sie erreichen wollten.

Wir machen aber diese Methoden nicht mehr mit, sondern die nächsten Tage werden zeigen, daß auch in den Eisenbahnverwaltungen ein solches Verhältniß herzustellen muß. Denn werfen wir Hunderttausende auf das Straßenpflaster, so fallen diese Leute dem Staat doch wieder zur Last und der Allgemeinheit wäre wirklich kein Dienst geleistet.

Ein Wort noch zu den „hohen Gehältern“. Die Regierung hat in ihren Statistiken 13 000 Mk. für das durchschnittliche Einkommen eines Bediensteten angegeben. Diesen Verdienst kann aber ein Arbeiter im Eisenbahndienst nur erlangen, wenn er fünf Kinder hat, das macht bei Abzügen von Krankenkassen, Pensions- und Steuerabzügen einen Reinerwerb von 230 Mk. pro Woche. Wo kommt ein Familienvater mit diesem Gelde bei einer siebenköpfigen Familie hin, wo die Lebensmittel so enorm im Preise gestiegen sind, die wir gar nicht anführen wollen, da die Allgemeinheit davon unterrichtet ist. Aber das muß jedem vernünftigen Menschen einleuchten, daß ein Existenzminimum im mittbestens sichergestellt werden muß auch für die Eisenbahner. Die unteren Beamten stehen aber noch weit schlechter da als die Arbeiter. Ein drahtliches Beispielspiel hierfür: Wir sind am 1. April Reichseisenbahn geworden und die Oberhoheit über sämtliche Staatsbahnen Deutschlands ging auf das Reich über. Ehe die Uebernahme durch das Reich erfolgte, gingen die Länder dazu über, eine große Zahl neuer Beamtenstellen zu schaffen, die das Reich mit übernehmen mußte. So wurden bei der Preussisch-Hessischen Staatsbahn nicht weniger als 22 000 neue Beamtenstellen geschaffen. Diese Beamtenstellen waren nun nicht alle bis zum 1. Juli 1920 besetzt worden und am 19. 9. 20 wurde noch ein großer Teil Arbeiter rückwirkend vom 16. März 1920 zu Beamten ernannt. Zu der rückwirkenden Ernennung kam bei den betreffenden Neugestellten ein großer finanzieller Verlust. Die Arbeiter standen sich zum Teil besser als die unteren Beamten auf Grund ihres Reichslohnarfs. Und diejenigen, die am 19. 9. 20 ihre Ernennung zum Beamten rückwirkend vom 16. März bekamen, mußten den Betrag, den sie als Arbeiter in der Zeit vom 16. März bis September mehr erhalten hatten, als ihr Gehalt als Beamter ausmachte, am 30. 10. 20 mit einemmal wieder zurückerhalten. Es bekamen somit ein großer Teil von den betr. Beamten einen Monatsgehalt von 1000 und schreibe 4,95 Mk., 7,95 Mk., 34 Mk. und eilfche auch über 100 Mark.

Es gehört wirklich eine ganze Portion Frechheit dazu, daß man Beamten zumutet, mit 7,95 Mk. den Monat hindurch auszukommen. Erst nach Verhandlungen gelang es unsern Organisationsvertretern für die betr. Beamten einen Vorstoß von 500 Mk. zu erlangen, damit diese nur das Nötigste sich beschaffen konnten, was zu ihrem und ihrer Familie Lebensunterhalt gedauert wurde. Ledige Beamte, die von derselben Maßregel betroffen worden sind, sollen sogar 1800 Mark zurückerhalten, da sie die Ehre haben, seit dem 16. März 1920 als Beamte bei der Reichseisenbahn zu wirken. Vom rechtlichen Standpunkt sind diese Abzüge unzulässig, aber der Staat als Behörde kann sich solche Unternehmerrisiken leisten.

Wir haben in dieser Sache aber das letzte Wort noch nicht gesprochen, denn es ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß den Beamten bei ihrem großen Gehalt, der in ganz seltenen Fällen bei den unteren Beamten 700 bis 800 Mk. übersteigt, noch Abzüge solcher Art gemacht werden. Es wäre ein gangbarer Weg gewesen, wenn diese Bediensteten vom Tage der Ernennung in das Beamtenverhältnis übergeführt wurden, aber da wären die einzelnen Verwaltungen mit dem Reichsverkehrsministerium kollidiert, das sich allein in der Lage ist, über Neuansetzungen von Beamten zu verfügen.

Wir sehen also, daß nicht, wie irtümlich angenommen wird, das Defizit der Reichseisenbahn aus den Gehältern und Löhnen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter herrührt, sondern daß unbedingt eine Aufbesserung sämtlicher Gehälter und Löhne der unteren Eisenbahnbediensteten notwendig ist.

Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsverwaltung Wahren.

Drohender Generalkrieg der Hallischen Eisenbahner.

sk. Halle a. S., 28. November. Die Funktionäre und Betriebsräte der hiesigen Eisenbahner haben einstimmig ihren Hauptvorstand aufgefordert, bei dem Eisenbahnminister wegen einer sofort zahlbaren Teuerungszulage in Höhe von 1000 Mk. pro Kopf und 100 Mk. pro Kind vorstellig zu werden. Als Tag des Ablaufs dieses Ultimatum ist der 15. Dezember gesetzt. Sollte bis dahin die Teuerungszulage nicht gewährt sein, so fordern die Eisenbahner unbedingt den Aufruf zum Generalkrieg.

Aus der Leipziger Metallindustrie.

In der Nr. 330 der Leipziger Neuesten Nachrichten veröffentlicht die Unternehmer der Metallindustrie ihr Angebot bei den Lohnverhandlungen. Diese Notiz ist irreführend. Sie erweckt bei den Arbeitern den Glauben, als ob wirklich Lohnzulagen von der angesprochenen Höhe herauspringen würden. Die Teuerungszulagen sollen betragen:

Für Personen über 25 Jahr	— 10 Mk.
„ „ „ 21 „	— 20 „
„ „ „ 18 „	— 20 „
„ „ „ unter 18 „	— 10 „

Diese Teuerungszulagen sollen gezahlt werden auf die Mindestlöhne des Tarifarfs. In das in dem größten Teile der Betriebe eine Erhöhung nicht in Frage kam, denn die meisten Unternehmer würden erziehen, die in der Zukunft gezwungenermaßen gezahlten Erhöhungen in Anrechnung zu bringen. Die Einkommenszulagen wären dann:

für einen Facharbeiter über 25 Jahr	4,80 Mk.
„ „ „ 21 „	4,05 „
„ „ „ 18 „	3,40 „
„ „ „ unter 18 „	3,40 „

Diese Einkommenszulagen für die Intelligenz der Metallindustrie wären dann bei weitem niedriger als für jeden ungelerten Arbeiter in der hiesigen Leipziger Metallindustrie. Außer dieser „Erhöhung“ soll Familienzulage gewährt werden:

Für die Ehefrau	10 Mk. pro Woche.
Für jedes Kind bis zum 14. Jahre	10 Mk. pro Woche.

Diese Unterzulagen soll aber nur gewährt werden, wenn in der Familie nur ein Ernährer vorhanden ist. Arbeiter gesungenermaßen die Ehefrau mit, weil das Einkommen des Mannes nicht reicht, so gibt es keine Familienzulage. Der löst größere Kinder da, die als Mitverdiener in Frage kommen — und wäre der Verdienst noch so gering — soll es ebenfalls keine Familienzulagen für die betreffenden Familien geben. Man verweigert also einmal dem Ernährer der Familie, dem ledigen Arbeiter, eine Zulage und auf der anderen Seite entzieht man der Familie die sogenannte Familienzulage. Das sind die wirklichen „Zugeständnisse“, die auf dem Papier wohl ein großes finanzielles Zugeständnis bedeuten, in Wirklichkeit den Arbeitern in der Metallindustrie aber auch nicht die geringste Besserung ihrer Lebenslage bringen. Ihre Mitglieder werden zur Stellungnahme über dieses Zugeständnis zusammenberufen werden.

Deutscher Metallarbeiterverband (Zahlstelle Leipzig).

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Fleißner in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Bitter, Vordorf-Leipzig. Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
besiegt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol 100 000 fache bewährt
Preis Mk. 3.—
In Apotheken u. Drogerien erhältlich



König Salomo-Apotheke, Grimmische Strasse

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 30. November.

Parteiangelegenheiten.

Ortsverein Alt-Leipzig, Nordbezirk. Sämtliche Funktionäre und die Genossen, die sich an kleinen Parteiarbeiten beteiligen, treffen sich morgen Mittwoch, den 1. Dezember, abends 7/8 Uhr, im Restaurant Berliner Tor, Berliner Straße 15. Zahlreiches Erscheinen ist dringend notwendig. Die Bezirksvertreter.

Dehsh-Gauhsch. Mittwoch, den 1. Dezember, abends 7 Uhr, im Restaurant Post, Dehsh, wichtige Vorstand- und Funktionär-Sitzung.

Im Dienste einer großen Idee.

Trotzdem schon mehrfach in unserer Zeitung das Schauspiel Die Internationale besprochen worden ist, lohnt es sich, das Stück noch einmal von anderer Seite zu beleuchten, als es bisher geschehen ist. Zweifellos stellt sich das Schauspiel in den Dienst einer großen Idee: der Internationale. Insofern verdient und erntet es sich mit Recht die günstigste Aufnahme bei den Arbeitern. Aber gerade mit Rücksicht auf den Dienst für eine große Sache darf man nicht die Schwächen übersehen, die dem Stück anhaften. Diese Schwächen liegen in der Abweichung von der geschichtlichen Wahrheit, die in wesentlichen Teilen des Stückes zum Ausdruck kommt. Da das arbeitende Publikum, vor dem das Stück zum ersten Mal gespielt wird, mit den geschichtlichen Tatsachen nicht so vertraut ist, daß es ohne weiteres die geschichtlichen Unrichtigkeiten des Stückes erkennt, ist es sehr nützlich, mit Nachdruck auf diese geschichtlichen Unrichtigkeiten hinzuweisen.

Was da über die Bühne geht, ist für die Arbeiter ein Stück Selbsterlebens. Aber das Stück ist Dichtung und Wahrheit und selber wird die Dichtung von der Wahrheit von den meisten zu hören nicht scharf auseinandergehalten, weil eben der tatsächliche geschichtliche Verlauf von diesen nicht gekannt, oder aber schon vergessen ist. Daher sind wohl die meisten der Besucher geneigt, das ganze Stück, auch in seinen Einzelheiten, als der Wahrheit entsprechend, dem Leben entnommen zu betrachten. Diese Annahme ist aber durchaus falsch.

Eine der wirksamsten Parteien des Stückes ist die Verwendung der Stellung, die Karl Liebknecht zu den Kriegskrediten eingenommen hat. Das Stück zeigt einen Berliner Jahlabend der Sozialdemokratischen Parteiorganisation, bei dem nationalistische und sozialistische Stimmen hart durcheinandergesprochen. In diesem Streit des Jahlabends pläzt die Meinung von der Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Fraktion; „nur einer hat dagegen gestimmt: Karl Liebknecht!“

Wer im Felde gewesen ist und aus eigener Erfahrung weiß, welchen Eindruck die Ablehnung der Kriegskredite durch Karl Liebknecht bei den nicht nationalistisch benehnten Parteigenossen gerade im Felde erzeugt hat, der wird es besonders begrüßen, daß in diesem Stück die Abstimmung Liebknechts mit verwendet wird. Aber warum geschieht dies in einer falschen geschichtlichen Darstellung? Der Verfasser des Stückes läßt Liebknecht am 4. August als einzigen gegen die Kriegskredite stimmen. Das ist aber gar nicht die geschichtliche Wahrheit. Karl Liebknecht hat in der Fraktion zu den 14 Gegnern der Kreditbewilligung gehört, aber im Plenum hat er am 4. August 1914 für die Kredite gestimmt. Nur der Abgeordnete Kunert-Halle hat sich vor der Abstimmung aus dem Saale entfernt. Liebknecht blieb mit voller Absicht zur Abstimmung im Saale. Erst bei der zweiten Kreditbewilligung im Dezember 1914, hat Liebknecht öffentlich im Plenum gegen die Kredite gestimmt. Das ist die geschichtliche Wahrheit.

Die Abweichung von dieser Wahrheit ist eine große Schwäche des Stückes. Sein Wert wird dadurch wesentlich herabgemindert. Der Verfasser hätte bei der geschichtlichen Wahrheit bleiben können, ohne darauf verzichten zu müssen, die Abstimmung Liebknechts in den Dienst der mit dem Stück verfolgten Idee zu stellen. Der nächste Akt des Stückes bringt das erste Weihnachtenspiel auf die Bühne. Im Weihnachtenspiel 1914 waren die Meinungen über Liebknechts Ablehnung der Kriegskredite mit Abjügen aus der Erklärung Liebknechts zu seiner Abstimmung im Felde verbreitet. Die Wirkung dieser Nachrichten hätte sich mit Geträgtheit in der Weihnachtsszene verarbeiten lassen. Die dramatische Wirkung des Stückes hätte dabei nur gewonnen, ebenso der Wert, den das Stück für die Aufklärungsarbeit haben kann.

Nicht geringer ist die Abweichung von der historischen Wahrheit im ersten Akt in anderer Beziehung. Bei dem Streit im besagten Berliner Jahlabend zwischen kapitalistischer und sozialistischer Tendenz wird symbolisch die Stimmung der Parteimitglieder dargestellt. Eine Gruppe der Mitglieder singt Deutschland, Deutschland über alles, eine andre Gruppe singt Die Internationale. Schließlich werden die Patrioten durch den Gesang der Internationale überört. Das ist geschichtlich gesehen ebenfalls ganz falsch. Die Parteimitglieder, die bei Ausbruch des Krieges der mordspatriotischen Stimmung Widerstand leisteten und sich nicht nationalistisch herausgaben, waren leider in der verschwindenden Minderheit. Auch hier hätte sich die geschichtliche Wahrheit sehr gut mit dem Dienst für die große Idee vereinigen lassen, das Stück hätte dadurch nur gewinnen können.

Die berüchtigte Kriegstraumerei taucht in dem Stück schon in den ersten Mobilisierungstagen auf, obwohl sie damals noch nicht bekannt war. Das ist gewiß von geringerer Bedeutung. Es war aber auch nicht nötig, einen solchen Schätzer auf die Bühne zu bringen, denn die Treulosigkeit der einzelnen Frau oder der Frauen schlechthin hätte sich auch anders verwenden lassen, wenn der Verfasser des Stückes glaubte, nicht darauf verzichten zu können.

Wenn in diesem Zusammenhange die schwachen Seiten des Stückes hervorgehoben sind, so nur zu dem Zwecke, der geschichtlichen Wahrheit zu ihrem Rechte zu verhelfen. Die starken Wirkungen des Stückes bezeugen, daß trotz der ausgefallenen Mängel die Besucher im allgemeinen die Empfindung haben, daß dort Leben und Selbsterlebens auf die Bühne gestellt ist, im Dienste der großen Idee der Internationale. Einzelne Partien und Charaktere sind geradezu glänzend. So vor allem der bei seinen vorgelegten Offizieren als Sozialist bekannte Verbandssekretär, der dann die kaiserlich deutsche und königlich preussische (oder auch förmlich sächsische) Sozialdemokratie verkörpert; der umher in schnellem Tempo, bis er es zum Offizier gebracht hat, also er sich im Quartier auch von seinen ehemaligen Freunden nur mit „Herr Leutnant!“ anreden läßt. Das klingt so vertraut, denn von diesem Verbandssekretär hat es ja in jener Zeit nicht wenige gegeben. Ihre schnelle Anpassungsfähigkeit haben sich diese Leute bis auf den heutigen Tag erhalten, manche von ihnen haben noch einmal gründlich umgelernt. Daran sollten die Arbeiter beim Besuch der Vorstellung und auch hinterher denken: dieweil es nützlich ist, im Dienste einer großen Idee nicht zu schnell zu verfahren.

Die Siege des Bürgerausschusses gegen die Polizeibeamten.

Nach der Reichsverfassung, Artikel 130, wird allen Beamten die Freiheit ihrer politischen Meinung und die Vereinigungs-freiheit gewährleistet. Auch wir Polizeibeamte haben von diesem Rechte Gebrauch gemacht. Unser gewerkschaftlicher Zusammenschluß ist wiederum mit Erfolg, um dem Artikel 130 der Reichsver-

fassung Genüge leisten zu können, wo es heißt: Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei. (Vor der Revolution waren wir nur Diener einer Partei.) Hierüber ist der Leipziger Bürgerausschuß mit seinem Ausschreibungsbescheid erobert, daß er der Wahrheit widersprechende Artikel über die Gewerkschaftsbewegung der Polizeibeamten in den Leipziger bürgerlichen Blättern brachte. Den Polizeibeamten, die am Revolutionsstage alleid; andern Beamtenkörpern erstreut waren, daß sie das beschämende Los, Marionetten in der Hand der bestehenden Klasse zu sein, von sich abschütteln konnten, und die weiter darüber erstreut waren, allen Volksgenossen nach menschlichem Recht gleichmäßig Rat, Schutz und Hilfe gewähren zu können, könnte die wahrheitswidrige Hege an sich ja gleichgültig sein. Denn wir Polizeibeamten sind es gewöhnt, daß unser Tun und Lassen der Kritik unterzogen wird.

Wenn die Hege des Bürgerausschusses durch das entstellte und erlogene Geschreibsel jedoch nun dazu geführt hat, daß wir Polizeibeamten von einem Teil der um den Bürgerausschuß sich gesammelten Einwohner in der Art befristet und angepöbeln werden, daß man uns als „Spartakiden“ und „Staatskrieger“ bezeichnet, so dürfte durch diese Befristungen nur die Allgemeinheit zu leiden haben.

Der Kampf mit dem Schieber- und Räuberpack bedingt oftmals, daß der alleinstehende Polizeibeamte sich mit der Bitte um Unterstützung an die Umstehenden wenden muß. Wenn nun gegen uns Polizeibeamte in einer derart erlogenen Weise gehandelt wird, so dürften die schädlichen Folgen für die Einwohner recht groß werden. Denn daß die Einwohner, die beim Vorübergehen und Zusammentreffen mit Polizeibeamten sich der angeführten Pöbeln nicht enthalten können, im Falle der Not die Polizei auch nicht unterstützen, ist bekannt. Wenn hierdurch sich aber wiederum auch nur ein Verbrecher der Ergreifung entziehen kann, so ist das tief bedauerlich. Wenn der Bürgerausschuß wahrheitsgemäß hätte berichten wollen, so hätte er schreiben müssen, daß die Polizeibeamten in erster Linie, ebenso wie alle im DVA organisierten

Der Kampf um den Sozialismus

nimmt einen ständig größeren Umfang an. Die bürgerlich-kapitalistische Wirtschaftsweise gefällt mehr und mehr, und die Sozialisierung des Bergbaues, der Großindustrie, des Großhandels auf dem Lande erwirkt sich als überaus notwendig. Doch der Kapitalismus will nicht weichen. Er muß daher niedergerungen werden.

Eine wichtige Waffe in diesem Kampfe ist die Leipziger Volkszeitung. Unerkennbar bleibt sie den sozialistischen Grundrissen treu. Sie ist weder für den Reformismus, noch für den Butschismus.

Die Leipziger Volkszeitung bleibt dem Marxismus treu

nach dem die Befreiung des Proletariats nicht gemeinsam mit dem Bürgertum oder durch eine verzweigte Verschönerungs- und Butschaktik, sondern nur durch den Klassenkampf der Arbeiterklasse erreicht werden kann.

Alle Hand- und Kopfarbeiter müssen an diesem Ringen teilnehmen. Die Auffklärung der Arbeiterschaft, die Verbreitung von Wissen ist überaus wichtig, wenn das Proletariat seine ungeheuren Aufgaben erfüllen soll. Die Leipziger Volkszeitung liefert ihren Lesern diese Waffen zum Befreiungskampfe. Ihre weiteste Verbreitung ist daher unbedingt erforderlich.

Jeder neue Leser der Leipziger Volkszeitung ist ein neuer Klassenkämpfer.

Werbt daher Abonnenten für die Leipziger Volkszeitung.

1 1/2 Millionen Beamten, das sind unsere, mittlere und Oberbeamte aller Beamtenkörper, sich auf den Standpunkt gestellt haben, daß als letztes der Streik in Anwendung gebracht werden kann und werden soll.

Aber selbst dort haben Vertreter der Polizeibeamten, und nicht zuletzt die sächsischen Polizeibeamten, den Standpunkt vertreten und durchgesetzt, daß bei einem Streik die Polizei als „so genannte Notkräfte“ im Dienste verbleiben soll, um den Verordnungen der Reichsbeamten sowohl als auch den wohlbeliebten, gebügelten und parfümierten Volkspolitiken in Schlemmer- und Spielerlokalen, die sich die Ausschaltung des Beamtenkörpers schon in der ersten Stunde zuzuziehen würden, zu Leibe gehen zu können.

Die Anregung zum Anschluß der Polizeibeamten an die Afa ist ausgegangen von etwa 2000 Polizeibeamten der „Grünen Polizei“, die auch, da sie dem wertvollen Volke entstammen, früher ihren Berufsgewerkschaften angehört haben. Der Gedanke ist auch von der jüngeren Beamenschaft der „alten Polizei“ warm aufgenommen worden. Wenn nun 2000 Beamte der „grünen Polizei“ die sich eidlich verpflichtet haben, die Verfassung (eventuell mit ihrem Leben) zu schützen, den Anschluß an die Afa gefordert haben, so bezwecken sie hiermit weiter nichts, als sich eine Vertretung zu schaffen, die ihnen zu einem Existenzminimum verhilft. Wenn die Polizeibeamten sich einer proletarischen Arbeiterschaft anschließen wollen, so können die Herren des Bürgerausschusses daraus ersehen, daß keine Redaktionen und eiserne Kreuze aus der Zeit vor der Revolution genügt haben, um hungrige Magen zu stopfen.

Das Recht zu leben und das gewährleisteteste Recht, sich politisch zu betätigen, wird sich aber die alte und die neue Polizei nicht nehmen lassen. Die politische Richtung wird sich jeder einzelne Polizeibeamte selbst wählen müssen, denn auch unsere Gewerkschaftsbewegung ist, wie jede Gewerkschaft nur sein kann, rein unpolitisch.

Die wahrheitswidrige Hege, die der Leipziger Bürgerausschuß gegen uns betreibt, wird aber dazu beitragen, daß die Polizeibeamten immer mehr erkennen, daß das Recht dort sein muß, wo Wahrheit und Klarheit herrschen.

Und nur dies hat Bestand.

Kinderfreunde?

In Kaufhaus und im Schauspielhaus wurden am Sonntag besondere Vorstellungen für Kinder geboten: die eine als Bunter Nachmittag für die Jugend, geleitet von Prof. Joh. Eckhardt, die andre: Kinder, Tanz und Spiellieder, veranstaltet vom Leipziger

Berein für Kinderfreunde (Kinderstube) e. V. Im Kaufhaus gab es rhythmisch-plastische Läufe der Schillerinnen von Agathe Schleginger, im Schauspielhaus gesungene und gespielte Lieber von Pili Hicker-Darmstadt. In beiden Veranstaltungen war viel Gutes, ja Schönes und Vorbildliches und es wäre zu wünschen, unsere Arbeiterkinder könnten eiliges davon zu jeßen bekommen. Eiliges! Denn das Gute war untermischt mit Heßem im übelsten Sinne des Wortes. Vor allem in den Kinderstübchen des Leipziger Vereins der Kinderfreunde. Was an reizenden Dramatisierungen von Kinderliedern geboten wurde, schien nur Aushängeschild zu sein für eine deutschnational-wittaristische Propaganda in den Kindergemütern. Denn gleich dem ersten, hübsch inszenierten Märlchen ein Soldatenlied, geungen und „gefechtsmäßig“ ausgeführt von einer Anzahl Jungen mit Gewehren und sonstigen Soldatlichen Attributen:

Aufgepaßt und immer feil
Brust heraus und Bauch hinein.
Eins, zwei, drei im Takt marschier,
Nach Kommando exerzier.
Rechtes Bein und linkes Bein,
Der Soldat muß tapfer sein,
Kommt ein Feind, so gibt es Krieg,
Piff, paff, puff, mein ist der Sieg!

Dann führten die Jungen, nach vorn stürmend und die Gewehre „abfeuernd“, aus Leibeskraften Hurra! Das Publikum aber, alt und jung, jubelte den jungen Kriegern und Siegern beglückert zu.

Das war der militärische Teil; ihm folgte der nationalstisch-monarchistische. Denn in einem „Kinderhochzeitszuge“ folgte dem Brautpaar eine große — schwarz-weißrote Fahne, die der Träger fleißig über dem Brautpaar hin und her schwang. Natürlich Händeklatschen und Wiederholung. Und dann kam noch ein Liebeslied von der Zukunftsheit, worin es hieß:

Hab ich auch kein Stückchen Schwein,
Wollen wir beim frohen Schmause
Luftig und zufrieden sein.

Das war die Veranstaltung des Leipziger Vereins der Kinderfreunde. Und im Kaufhaus? Als Schluß nach manchem Schönen der Kriegeranz von Goldini, zwei junge Mädchen, die mit gezücktem Messer aneinander losgingen.

Man darf wohl annehmen, daß die Programme mit Ueberlegung zusammengestellt worden sind. Dann erweist sich aber in der Ueberlegung, vor allem bei der Aufführung des Leipziger Vereins der Kinderfreunde, die gekennzeichnete nationalstisch-monarchistisch-militärische Tendenz, während im Kaufhaus diese Absicht gefehlt haben mag. Der Effekt ist aber hier wie dort derselbe. Die Kinder, sowohl die auf wie vor der Bühne, werden wieder hineingetrieben in die alte Denkweise, die Deutschland ins Unglück geführt hat. Das sind Verbrechen an der Kinderseele, gegen die sich die Eltern der Kinder ganz entschlossen wenden müßten.

Arbeiter-Bildungsinstitut. Karten zum 4. Sinfonie-konzert, das heute abend im Volkshaus stattfindet, sind noch am Eingange des Saales zu haben.

Einschränkung des Gas- und Stromverbrauchs. Unter dieser Ueberschrift erklärt der Rat eine neue Bekanntmachung in vorliegender Nummer, worauf besonders hingewiesen wird. Hervorzuheben ist, daß in Klein- und Großhandelsgeschäften, Kontor- und Geschäftsräumen, Betriebs- und Werkstatträumen Gas und Strom bis 7 Uhr nachmittags entnommen werden darf. Unberührt von diesen Bestimmungen bleiben die Apotheken. Auch im Zeitungsgewerbe (bei den sieben Tageszeitungen) und zum Antrieb von Motoren im Bäckereibetriebe kann Gas und Strom unbeschränkt entnommen werden. Die Entnahme von Gas und Strom ist in allen Fällen auf das unumgänglich notwendige Maß einzuschränken. Für die Beleuchtung aller Räume (einschließlich der Nebenräume, wie Gänge, Fluren, Treppen usw.) richtet sich der Lichtverbrauch nach der Höhe und Bodenfläche des betreffenden Raumes usw. Für Theater, Zirkusunternehmungen und Kinos sind weitere Beschränkungen insofern erfolgt, als in den Monaten November bis Februar Montags bis Freitags Gas und Strom nur von 10 bis 10 Uhr nachmittags verwendet werden darf. Hausfluren und Treppenhäuser in Privathäusern müssen vom Eintreten der Dunkelheit an bis 8 Uhr abends beleuchtet werden. Verboden ist die Beleuchtung der Schaufenster und Schaukästen, die Lichtreflexe und die Außenbeleuchtung mit Gas und Strom, die Verwendung von Kohlenadenglimmlampen, der Betrieb von Personenaufzügen in Privathäusern, die Benutzung von Gas- oder elektrischen Öfen für die Raumbelüftung und Warmwasserbereitung (Gasbadeöfen), soweit nicht Krankenanstalten oder unter berufärztlicher Aufsicht stehende Erholungsheime in Betracht kommen. Die neuen Bestimmungen sind so wichtig, daß es sich empfiehlt, die Bekanntmachung auszuschnelden, um sie jederzeit zur Hand zu haben.

Auch die Hochschullehrer wollen streiken. Die Dozenten der Hochschule für Frauen haben nach langen und schwierigen Verhandlungen vor der Wiederaufnahme ihrer Vorlesungen im Wintersemester den Beschluß gefaßt, von Weihnachten dieses Jahres an ihre Vorlesungen einzustellen, wenn ihnen bis dahin nicht eine Erhöhung ihrer Vorlesungshonorare um 100 Prozent bewilligt werde. Die Honorare sind seit 1911 nicht erhöht worden. Der Rat rechnet erwidert mit einem Streik der Dozenten und hat daher beschlossen, zur Vermeidung des Streiks der Hochschule eine weitere außerordentliche Beihilfe von 22 500 Mk. zu gewähren. Das hätten die Dozenten früher auch nicht für möglich gehalten, daß sie einmal zu proletarischen Mitteln im Klassenkampfe greifen werden.

39. Volkshule, L.-Mädern. Freitag, den 3. Dezember, abends 7 Uhr, im Schulaale Elternabend: Was will die neue Arbeit (Frl. E. Otto). Freitag von 6 bis 7 Uhr und Sonntag, den 5. Dezember, von 2 bis 4 Uhr, Ausstellung von Nadelarbeiten.

Nichtigstellung. Unsere Notiz über die Einnahmen der Strassenbahn beruht auf einem Irrtum. Es ist übersehen, daß die Einnahmen des Vorjahres sich auf neun Monate erstrecken. Angenommen wurde, daß es sich um Einnahmen von drei Monaten des Vorjahres handelt. Die in Frage kommenden Zahlen sind folgende: Fahrgeldbrinnahme Juli bis September 1920 15 513 352 Mark, seit Beginn des Jahres 42 568 084 Mk., in der gleichen Zeit des Vorjahres 23 100 472 Mk.

Sonntagsruhe vor Weihnachten. Auf die Rechtsbekanntmachung, nach der im Großhandeln an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten, den 12. und 19. Dezember 1920, Personal in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags beschäftigt werden darf, weisen wir hiermit nochmals besonders hin. Hierbei sei erwähnt, daß im Kleinhandel ebenfalls an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten Personal in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr nachmittags beschäftigt werden darf und daß während dieser Zeit die Läden für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein dürfen.

Einzahlung von Kriegsanleihe-Anteilsscheinen. Die während des Krieges von der Sparkasse Leipzig ausgegebenen Anteilsscheine zu 5, 10, 20 und 50 Mk. werden jetzt gegen deren Rückgabe eingelöst. Die Einlösung erfolgt bis auf weiteres zum vollen Nennbetrag zugunlich Zinsen, und zwar im Sparfassen-Verwaltungsgesetz Otto-Schill-Straße 4, Zimmer 11. Die Uebermittlung der Beträge durch die Post usw. kann bei der Massenarbeit nur nach außerhalb Gesamt-Leipzigs gelegenen Orten erfolgen.

schleuz von ... als unsozial bekämpft wurde. Es wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß sie schon im nächsten Jahre wieder verschwinden werde. Die Unabhängigen und die rechtsstehenden Gruppen lehnten sie überhaupt ab. Der von mehreren Rednern geäußerten Auffassung, daß es überhaupt nicht mehr möglich sei, die künftigen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, da die Steuerkraft der Bürgererschaft so gut wie erschöpft sei, trat der Oberbürgermeister ganz entschieden entgegen. Gewiß wäre man mit der Steuerpolitik fast am Ende angelangt und sicherlich seien die Schwierigkeiten im künftigen Finanzwesen groß. Dennoch habe er das Vertrauen, daß es durch eine sparsame Finanzpolitik gelingen werde, den Haushaltsplan auf die Dauer wieder in Ordnung zu bringen. Unter Ablehnung aller Änderungsanträge wurde schließlich die Ratssitzung in der Ausschussfassung gegen 15 Stimmen der Rechten und der äußeren Linken angenommen.

Dresden. Für einen bekannten Dresdner Obstgroßhändler (Dring-Giacobstraße) traf in den letzten Tagen ein Waggon Weibel aus Schlesien auf dem Neustädter Bahnhof ein. In einer großen Zahl derartiger Obstkörbe befand sich Mehl, nur eine Schicht Weibel war darüber verpackt. Dieser Schiebertransport war aber verraten worden. Die Polizei beschlagnahmte in der Niederlage des Obsthändlers das gesamte Mehl.

Baugen. Ermordet wurde in der Nacht zum Donnerstag der Besitzer des Gasthofes zum grünen Tal in Kleinwella bei Baugen. Der Täter hat ihn gefesselt und gefesselt und ihm darauf mit einem harten Gegenstand die Schädelknochen zertrümmert. Anschließend liegt Raubmord vor. Der Ermordete hat während des Krieges Schiebergeschäfte betrieben, so daß es wahrscheinlich ist, daß er von einem Komplizen umgebracht worden ist.

Reichenbach. Zum Preise von 65 000 Mk. ist das Herbergsgäßchen in den Vorst. der Stadt übergegangen, die mit Aufwendung von weiteren 30 000 Mk. 8 Wohnungen darin einbauen will.

Blauen. Die Arbeitslosen benutzten die Zusammenkunft der Deputierten der Erwerbslosenfürsorge der sächsischen Großstädte zu einer Demonstration. Eine Abordnung schilderte den versammelten Deputierten die Notlage der Erwerbslosen des Vogtlandes und forderte Arbeit oder eine ausgleichende Unterstützung durch Reich und Staat. Ein Regierungsvertreter versprach, alles zu tun, um die Regierung von der Notwendigkeit eines Eingreifens zu überzeugen.

Crimmitschau. Wegen dringender Verdachts, seine 13 Wochen alte Tochter ermordet zu haben, wurde ein 36 Jahre alter Arbeiter hier verhaftet.

Kr. Rohweh. Unglücksfall. In der Filzwarenfabrik von E. G. Froberg geriet der Arbeiter Barth beim Aufgehen eines Riemens in die Maschine. Der linke Arm wurde ihm vollständig zerissen. Nach Überführung in das Krankenhaus Reichen mußte der Arm entfernt werden.

Waldheim. Bei der am Sonntag stattgefundenen Stadtverordnetenwahl wurden gewählt: 9 vereingete Bürgerliche, 4 Selbstbestimmte, 11 Rechtssozialisten, 2 Unabhängige, 1 Neu-Kommunist.

Aus der Umgebung.

Bezirksverband Grimma.

In der Woche vom 20. November bis 5. Dezember erhalten Versorgungsberechtigte 30 Gramm Butter zu 75 Pf. und 30 Gramm Schmelzschmalz zu 2,40 Mk. auf den Abschnitt der Zeitmarke R.

Hänchen. Der Gemeinderat nahm Kenntnis vom Stande der Kartoffelerzeugung. Wegen der spärlichen Besterzeugung von Getreide für die kleineren Kinder soll eine Eingabe an die Amtshauptmannschaft gemacht werden. Übernahme des Baukostenbeitrags für die Vorkleidung im Quasnitzenprobenweg wurde unter dem Gartenbaupereil Quasnitzen gegebene Zusicherungen zugestimmt. Ebenso einigen Änderungen im Ortsgesetz über die Verschmelzung der Gemeinden Hänchen und Quasnitzen. Gegen 2 Stimmen wurde beschlossen, die Kohlen für verbundene Haushaltungen vorzuziehen, sofern dieselben mindestens 4 Wochen erwerbslos sind, pro Zentner um 2 Mark niedriger als den jeweiligen Tagespreis abzugeben. Gegen die Errichtung eines Kinos im Gasthof zum Sächsischen Haus soll Einspruch erhoben werden, da ein Bedürfnis nicht anzuerkennen ist. Die Beschlußfassung wegen Abschluß einer Unfallversicherung der Gemeinde wurde ausgesetzt. Der Antrag des Straßen- und Wasserbauamtes auf Erhöhung der jährlichen Straßenbaubudgets wurde abgelehnt, da die Unterhaltung der Staatsstraßen alleinige Sache des Staates ist. Die Mütterberatungsstelle soll möglichst in ein Schulzimmer der hiesigen Schule verlegt werden. In nächstfolgender Sitzung werden dann noch Unterstützungsanträge erledigt.

Internationaler Gewerkschaftskongreß.

London, 25. November 1920.

Der dritte Tag wurde vollendet mit den Kommissionsitzungen in Anspruch genommen, so daß eine Plenarsitzung nicht stattfinden konnte. Von deutscher Seite aus wurden in die Kommissionen entsandt: Achstundentag, Pazifismus, Graßmann, Walutafrage; Urban, Rohstoffverteilung; Hue, Sozialisierung; Dismann. Zurückweisung der Moskauer Angriffe; Baeplov.

Vor Eintritt in die Tagesordnung am 4. Verhandlungstag gab der Vorsitzende von einem aus dem Ural eingetroffenen Brief von den Ural-Gewerkschaften Kenntnis, indem diese ihm

Namen von 145 000 organisierten russischen Arbeitern erklärten, daß sie die Abwesenheit der Vertretung der russischen Gewerkschaften auf diesem Kongreß bedauern, die von der russischen Regierung verhindert wurde, da sie das russische Proletariat überhaupt nicht davon unterrichtete. Sie hofften indessen, daß der Tag nicht fern sei, an dem die russischen Arbeiter wieder zusammen mit der internationalen Arbeiterschaft kämpfen könne.

Darauf wurde die Resolution über den Achstundentag

in ihrem ersten Teil einstimmig, der letzte Paragraph gegen die Stimmen Italiens und Norwegens angenommen.

Dumoulin erklärte die Ablehnung des letzten Paragraphen durch die Franzosen damit, daß dieser Absatz in der Form eines Ultimatum an das Arbeitsamt gehalten sei und dadurch bei den Arbeitern die Mißgunst geweckt werde, daß das Arbeitsamt die Macht zur Durchführung der Washingtoner Beschlüsse habe.

Ein Antrag der Norweger und Italiener, jede Mitarbeit am Arbeitsamt sofort abzuschließen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die Resolution lautet:

„Der am 22. November und die folgenden Tage in London verammelte Außerordentliche Gewerkschaftskongreß stellt fest, daß die Internationale Arbeiterversammlung in Washington einen Entwurf zu einer Uebereinkunft betreffend Festlegung der Arbeitszeit in industriellen Anstalten auf 8 Stunden im Tage und 48 Stunden in der Woche als Richtlinie für die gesetzliche Festlegung einer maximalen Arbeitszeit vorgelegt hat;

daß zwar in einigen Staaten die Arbeitsschutzgesetzgebung bereits der Kommission von Washington entspricht, daß dem gegenüber aber in den meisten Ländern sowohl die Regierungen wie die Unternehmer nicht nur die Ratifizierung der Konvention zu verhindern suchen, sondern alles daran setzen, um die Arbeitszeit auch dort, wo sie tatsächlich schon auf 48 Stunden verkürzt ist, wieder zu verlängern.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erhebt energischen Protest gegen dieses arbeitserfindliche Verhalten der Unternehmer und ihrer Regierungen und fordert die unverzügliche Anerkennung und Durchführung der Washingtoner Beschlüsse.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß verpflichtet die angeschlossenen Organisationen, allen Bestrebungen, die Durchführung der Konvention von Washington zu hindern, mit allen Mitteln entgegenzusetzen und fordert sie zu nachdrücklicher Unterstützung der Gruppen auf, die zum Kampf für die Erreichung des Achstundentags gezwungen sind.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß erklärt, daß er eine Verwirklichung aller Ziele durch die internationale organisierte Arbeiterschaft seitens der Gewerkschaftsbewegung ablehnt, wenn die Ratifizierung der Washingtoner Beschlüsse innerhalb der festgesetzten Frist nicht erfolgt ist.

Die Resolution über den Pazifismus

wurde darauf nach kurzer Diskussion in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen:

„Der Internationale Gewerkschaftskongreß ist fest, daß die Bekämpfung aller Kriege durch die international organisierte Arbeiterschaft nicht mit dem Pazifismus der kapitalistischen Bourgeoisie zu verwechseln ist.

Er brandmarkt als Heuchelei und verurteilt ebenso alle Kriegsunternimmungen, deren Ziel ist, den Völkern gegen ihren Willen irgendwelche politische oder wirtschaftliche Formen aufzuzwingen.

Die Arbeiter verlangen den endgültigen und vollständigen Frieden unter allen Völkern und lehnen es ab, sich nochmals unterführen zu lassen unter dem Vorwand, sich schlagen zu müssen für den letzten oder vorletzten Krieg.

Marxens (Belgien) erwähnt mündlich den von ihm vorgelegten schriftlichen Bericht über die Frage der Rohstoffverteilung.

Wenn die Gewerkschaften auch noch nicht stark genug sind, um die Rohstoffverteilung allein zu regeln, so sind sie daran doch nicht desinteressiert. Der Völkerbund sei bei all seinen Mängeln berufen, in dieser Frage einzugreifen. In der Kommission bestand Einmütigkeit darüber, daß die derzeitige mangelhafte Verteilung der Rohstoffe auf die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft zurückzuführen ist. Ueber den Weg zur Besserung indessen waren die Auffassungen geteilt. Die Mehrheit der Kommission hält das Internationale Arbeitsamt als Zentralstelle für die Rohstoffverteilung geordnet, während die Vertreter von Italien und Norwegen jedes Zusammenwirken mit dem Arbeitsamt als einer Institution des Völkerbundes ablehnen. Er empfiehlt die Resolution dem Kongreß zur Annahme.

Wattell (Italien) wendet sich gegen den zweiten Teil der Resolution, da es ein Widerspruch sei, die kapitalistische Gesellschaft einmal als unfähig zur Rohstoffverteilung zu erklären, dann aber die Lösung dieser Aufgabe wiederum einem Organ dieser selben kapitalistischen Gesellschaft anzuvertrauen. Wattell schlägt die Schaffung einer neuen internationalen Zentralstelle, unabhängig vom Arbeitsamt, zu schaffen, vor, die auch mit der Rohstoffverteilung betraut werde. Der Völkerbund sei schon deshalb ungeeignet, als Zentralstelle für die Rohstoffverteilung zu wirken, da er schließlich ein Bund der Sieger wäre. Redner verweist zum Beweis hierfür auf die Forderung der Auslieferung der 800 000 Mittelschle, durch die den Säuglingen Deutschlands 6 Millionen Liter Milch entzogen wurden.

Er und seine Freunde misstrauen dem Arbeitsamt, den Willen und die Macht zur Durchführung der ihm übertragenen neuen Aufgabe zu besitzen.

Thomas (England) hält es für taktisch falsch, den Völkerbund wegen abweichender Auffassungen in einzelnen Punkten zu

bekämpfen. Es müsse vielmehr unsere Aufgabe sein, in den Völkerbund eine feste Basis aufzunehmen.

Duerr (Schweiz): Man könnte dem ersten Teil der Entschließung zustimmen. Das Internationale Arbeitsamt ist aber außerstande, diejenigen Regierungen, die sich renitent verhalten, durch irgendwelche Zwangsmittel zur einheitlichen Regelung zu veranlassen. Auch die Ratifizierung der Konvention im Aricae hat bemessen, daß die kapitalistische Organisation verlage. Mit der Minderheit der deutschen Delegation sei er beauftragt zu erklären, daß sie den letzten Absatz der Resolution in der vorliegenden Form ablehnen. Er schlägt vor, die Resolution an die Kommission zurückzuverweisen.

Mertens erwidert hierauf in seinem Schlusswort, die Ablehnung des letzten Teils der Resolution sei eine Schwäche. Es werde nicht verlangt, daß das I. A. ohne weiteres die Verteilung der Rohstoffe übernehme, sondern der Internationale Gewerkschaftsbund soll selbst einen Plan ausarbeiten, nach dem die Verteilung vorgenommen werden soll. Wenn nach dem Vorschlag Marxens ein neues Zentralorgan geschaffen werde, so müßte auch dieses wiederum mit den Regierungen zusammenarbeiten.

In der darauffolgenden Abstimmung wurde der Antrag Duerr und Genossen auf Zurückverweisung an die Kommission mit schwacher Mehrheit abgelehnt.

Der erste Teil der Resolution der Kommission wurde sodann einstimmig angenommen. Zum letzten Teil beauftragt Deutschland einen Zusatz, belegend, daß dem I. A. die Macht durch den starken Willen der selbständigen Arbeiterorganisationen verliehen werden müsse.

Der letzte Absatz der Resolution mit dem deutschen Zusatzantrag wurde gegen die Stimmen der Italiener und Norweger angenommen. Die Resolution lautet:

„Der am 22. November und die folgenden Tage in London tagende Außerordentliche Internationale Gewerkschaftskongreß beschließt:

In Erwägung, daß der Weltkrieg in allen Ländern eine verhängnisvolle Zerrüttung hervorgerufen hat, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau ernstlich in Frage steht;

in Erwägung, daß der letztere in der Hauptsache davon abhängt, welche Lösung das Problem der Rohstoffverteilung erfährt; in Erwägung, daß die Länder, die der Rohstoffe entbehren, mit Rücksicht auf ihre Industrie von jenen Ländern abhängen, die über Rohstoffe verfügen (sei es, daß sie diese hervorbringen oder bank ihrer glücklichen Lage sich verschaffen können);

in Erwägung, daß daher die Regelung der Verteilung aller Rohstoffe der Welt nach Recht und Billigkeit eine der wichtigsten Voraussetzungen für die wirtschaftliche Wiederaufbau ist;

in Erwägung, daß die Struktur der kapitalistischen Gesellschaft einer gerechten Verteilung der Rohstoffe im Wege steht, wie auch jeder wirtschaftlichen Regelung, die allen Menschen ohne Ausnahme gestattet würde, die ihnen in der Weltgemeinschaft zugewiesene Rolle zu erfüllen;

in Erwägung, daß es infolgedessen Pflicht der organisierten Arbeiterklasse ist, ohne Unterbrechung daran zu arbeiten, daß die heutige unorganisierte Gesellschaft verschwinde und ersetzt wird durch eine rationelle Organisation der Produktion, ihrer Verteilung, überhaupt der gegenseitigen Beziehungen der Völker;

In weiterer Erwägung, daß es aber schon jetzt eine hohe Pflicht der Menschlichkeit ist, für eine gleichmäßige Verteilung aller verfügbaren Rohstoffe in der ganzen Welt zu sorgen, und daß diese Verteilung nur durch eine internationale Verständigung herbeigeführt werden kann durch die Bemühungen der Gewerkschafts-Internationalen;

in endlicher Erwägung, daß unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen das Internationale Arbeitsamt des Völkerbundes der am besten geeignete internationale Organismus ist, um die internationale Verständigung über die Rohstoffverteilung herbeizuführen.

Beauftragt der Kongreß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, in kürzester Frist einen Plan für die Erreichung einer internationalen Rohstoffverteilung auszuarbeiten. Dieser Plan ist dem Internationalen Arbeitsamt zur baldmöglichsten Durchführung zu überreichen.

Zusatz Deutschlands: Damit aber die Rohstoffverteilung nach Billigkeit und Gerechtigkeit und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und künftigen wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Völker und Länder organisiert werden kann ist es notwendig, daß es allen Völkern und Ländern freigestellt wird, sich dem Völkerbund anzuschließen.

Wie bei jedem internationalen Arbeiterkongreß kommt auch in London stark zum Ausdruck, wie schwierig es ist, angesichts sowohl der Verschiedenheit der Kampfbedingungen in den einzelnen Ländern, wie auch der verschiedenen Sprachen und geistigen Stellung in wenig Tagen zu voller Klärung aller aufgeworfenen Sachfragen zu gelangen. Drum war es schon, wollte man nicht wochenlang tagen, angezogen, zunächst in den Kommissionen eine engere Beratung vorzunehmen, um dadurch wenigstens etwas die Plenarverhandlungen zu vereinfachen.

Alle Gegenstände freilich konnten hierbei nicht beschriftet werden. Im Gegenteil kamen bei den Debatten des vierten Tages noch einmal die grundsätzlichen Gegenstände stark zum Ausdruck. Ein Teil des Kongresses konnte sich nicht entschließen, den Bruch mit dem Internationalen Arbeitsamt definitiv zu vollziehen. Hierüber dürfte die Diskussion auch mit den gefassten Beschlüssen noch nicht abgeschlossen sein, sondern in den verschiedenen Organisationsen wird auch nach dem Kongreß noch in aller Gründlichkeit die Aussprache darüber fortgesetzt werden müssen. Diese Verteilung und die Lehren der Tatsachen werden auch dazu führen, daß bei der nächsten Tagung selbst über diese Streitfrage die Meinungen sich in grundsätzlicher Entscheidung geklärt haben werden.

ihn kann nur mit Erfolg das sozialistisch gestimmte Proletariat aller Länder vorgehen. Die nationalitätlichen Erzeugnisse wirken völkerverbindend.

Die Referentin erörterte die Aufgaben der Ortsauschüsse, die mit der Filmindustrie gemeinsam arbeiten und eine überwiegende Tätigkeit ausüben sollen. Ein derartiger Ausschuss soll sich aus Vertretern der Behörden, privater Kreise und der Filmindustrie zusammensetzen. Die Rednerin schilderte dann noch die Bemühungen mancher Kommunen, gute Filme zu schaffen und zu zeigen. Leipzig habe sehr wenig getan; hier sei noch große Rückständigkeit vorhanden. Den Schulen fehlten die Mittel, um Lehrfilme zu erwerben.

Nach dem Vortrage zeigte die Leipziger Firma Nische einige Lehrfilme. In der Aussprache wurde betont, daß bereits vor zehn Jahren (!) ein Ortsauschuss zur Beredelung des Films gebildet worden sei. Einfolge habe er nicht aufzuweisen gehabt. Ein Vertreter der Staatsanwaltschaft erklärte, es habe an Geld gefehlt, und deshalb sei aus der Sache nichts geworden. Von Filmindustriellen wurde gesagt, an Lehr- und wissenschaftlichen Filmen fehle es nicht; sie würden nur nicht in Anspruch genommen. Der Deputierte des sächsischen Schulamtes führte aus, der Rat habe schon vor dem Krieg Beschlüsse über die Einführung von Lehrfilmen in den Schulen gefaßt. Der Krieg habe die Durchführung verhindert. Der Rat werde tun, was möglich sei. Im Kultusministerium in Dresden scheint nach den Darlegungen eines Redners eine besondere Abneigung gegen die Lehr- und wissenschaftlichen Filme zu bestehen. Man darf nicht einmal dem Vorgehen Preußens folgen. Und das in dem industriellen Sachsen! Aus der Aussprache ging hervor, daß man selbst in bürgerlichen Kreisen wenig Hoffnung hat, daß mit solchen Ausschüssen eine wesentliche Besserung erreicht werden kann. Das Uebel wird erst verschwinden nach einer gründlichen Umgestaltung der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Zustände. Gegen sie stehen sich in aber jene Kreise auf, die den Film „veredeln“ wollen.

Arbeiter-Bildungs-Institut. (Die lustigen Weiber von Windsor). Die Fühlung zwischen Bühne und Zuhörererschaft war bald hergestellt dank des durchweg flotten und stimmlich gut disponierten Spiels der Darsteller, welche mit Lust und Liebe bei der Sache waren. Dem Orchester hätte manchmal etwas mehr Schmitz nichts geschadet. Manche komischen Wirkungen wären, auch ohne so die aufgetragen zu werden, zur Geltung gekommen, da ja schon die Musik in viel feinerer Weise das Verstandnis für die humoristischen Szenen weckt.

Volkstheaterabend. Bis jetzt hat sich noch keine Sängerin oder ein Sänger an einen ganzen Volkstheaterabend heranwagt; denn um Volkstheater gut vorzutragen, dazu gehört schon ein jahrelanges Studium. Dr. Waldemar Stoenemann aber bracht das fertig. Durch seine Schauspielkunst und dem schönen Bart bereicherte er den Hörern einen wahren Kunstabend. Ob ernstes oder heiteres Volkstheater, alles gelang ihm durch seinen natürlichen Vortrag verträglich. Nur das eine Lieb: Was blauen die Trompeten konnte ruhig wegfallen, denn durch den Text (sich anders: Da schwur er beim Ellen gar zornig und hat den Weibchen zu weisen die deutsche Tri) gerieten die oberen Herrschaften ganz aus dem häuslichen. Ein erster Künstler sollte doch bei den letzten politischen Verhältnissen derartiges vermeiden. Herr Kapellmeister Kuchlschlag begleitete diese schlichten Volksweisen künstlerisch.

Kinder in Not! Der Verkauf der Eintrittskarten für die Dienstag, den 14. Dezember, abends 7 Uhr, im Großen Saale des Zentraltheaters stattfindende Wohltätigkeitsveranstaltung hat begonnen. — Karten zu 8 Mk. (reservierte Plätze 8 Mk.) nur bei C. A. Kiem, Neumarkt 26. Der Ertrag ist für leidende Kinder der Stadt bestimmt.

Bunte Nachmittage für die Jugend. Sonnabend, den 4. Dezember, nachmittags 3 Uhr, findet als 32. Veranstaltung (vielleicht Karten) der V. Freischausmittage statt. Angemeldet sind Klavier- und Geigenfests, Gesänge, Lieder zur Laute, Rezitationen, Tänze (einstudiert von Martha Kaufmann). Es gibt Wett-

kämpfe. Die Zuhörer entscheiden. Jeder Anwesende hat zwei Stimmen. — Karten bei C. A. Kiem, Neumarkt 26. Zuschlagkarten für Erwachsene 1 Mk. Da sämtliche Veranstaltung der Buna ausverkauft waren, wird sich rechtzeitige Entnahme der Karten dringend empfohlen.

Ein Opfer der Wissenschaft. Der Direktor des Pariser Hauptlaboratoriums für Radiographie, Dr. Charles J. Froid, der sich seit 1898 dem Studium der praktischen Anwendung der Röntgenstrahlen widmete, ist am 28. November im Alter von 46 Jahren als Opfer der Röntgenstrahlen gestorben. Innerhalb 10 Jahren mußte er sich 22 Operationen unterziehen. Er verlor nach und nach sechs Finger, und vor einem halben Jahre wurde ihm die linke Hand abgenommen.

Die unankündigte Wissenschaft. Auch in Dresden gibt es einen Zoo, der sogar sahngemäß wissenschaftlichen Zwecken dienen soll. Seit längerer Zeit unternahm sein Direktor hochinteressante und erfolgreiche Versuche mit der Vermännlichung und Verweiblichung von Damhirschen. So gelang ihm die ständiger Geschlechtsmerkmale umzuwechseln. Die Versuche erreichten die höchste Bewunderung, aber als er vor einiger Zeit mit andern Tieren seine Versuche fortsetzen wollte, beantragte der Vorsitzende des Ausschusses des Zoo, das solle unterbleiben. Derartige Versuche seien unanständig, ja skandalös. Als Professor Brandes gar mittelte, er hätte die Absicht gehabt, auch an Löwinnen derartige Versuche zu machen, und er habe die Hoffnung Löwinnen mit einer Mähne vorzuführen zu können, gab es einen solchen Aufbruch in der Ausschussratsitzung, daß Brandes, um die Beschlüsse nicht unnötig zu verschärfen, auf die Durchführung seiner Experimente, die dem Dresdner Zoo eine Ansehenskraft ersten Ranges verschaffen hätten, verzichtete. Der Name dieses ausgezeichneten Ausschussvorsitzenden, der demnach die Wissenschaft in anständige und unankündigte einteilt, soll der stauenden Mit- und Nachwelt nicht verborgen bleiben. Er heißt: Büttner-Wobst. — Was wäre einem Steinach unter dem Oberkommando des Herrn Büttner-Wobst wohl passiert?!

Neues Theater.

Neues Theater. (Hauptstadt der Oper.) Fernruf 1416. Dienstag, den 30. November 1920. 8 1/2 Uhr: Wacziarg-Vorstellung in gelber Haut. Parfüm. Ein Wacziarg-Vorstellung von August Schuler. (Teil 1. Aufzuge.)

Theater in der Elsterstraße 42. Kammerstücke. Tel. 12300. Gastspiel des Berliner Residenztheaters.

Die Freundin. Von Hermann Sudermann. Sudermanns erfolgreiches Stücken ist ein Kultur-Dokument 1. Ranges.

Drei Linden. Täglich abends 7 1/2 Uhr. Der große Varieté-Erfolg. 12 Welt-Attraktionen. Sonntags nachmittags 4 Uhr.

Monat Dezember gastiert im Varieté Drei Linden. Charles Illenob bei ihm Löwendressur. 6 Pracht-Berberlöwen.

Alter Gasthof. Jeden Dienstag von 7 Uhr an Großer Hausball. Goldne Krone. Der amüsante Kronen-Ball. Gesellschaftshaus Schönefeld. Großer Elite-G-H-Ball.

Lichtspiele Zschocher. Telefon 40960. Inhaber: M. Raschke. Dienstag bis Donnerstag: Whitechapel. Der große Abenteuerfilm in 6 Akten.

Neuer Gasthof Gohlis. Heute ab 8 Uhr. Donnerstag, ab 8 Uhr Großer Elite-Ball.

Licht-UT-Spiele. Indem der Andrang bis heute kolossal war, viele Besucher leider wieder umkehren mussten, haben sich Frl. Lee Parry und Herr Richard Eichberg entschlossen, ihr persönliches Auftreten noch um 3 Tage zu verlängern.

Nur noch 2 Tage! Täglich ausverkauft! Einlass 3 1/2 Uhr. - Anfang 4 Uhr. Das grösste Ereignis: Der erste grosse Wild-West.

Bull Arizona. Der Wüstenadler. 6 Akte 6. Die tollkühnen Reiter Szenen und spannenden Kämpfe zwischen Cowboy und Indianern sind phänomenal und in gleicher Vollendung noch niemals gezeigt worden.

Alles Theater. Dienstag, den 30. November 1920. 8 1/2 Uhr: Wacziarg-Vorstellung in gelber Haut.

Arbeiter-Bildungs-Institut. Heute noch wenige Tage: Die Internationale. Sozialistisches Schauspiel in 4 Akten.

Kristall-Palast. Heute Dienstag letzter Tag der grossen internationalen Ringkampf-Konkurrenz.

Baltenberg. Varieté. Täglich abends 7 1/2 Uhr. Heute letzter Tag. Theater. Abends 7 1/2 Uhr: Satan-Geld.

Weinpalast Eden. Täglich Moderne Tanaufführungen.

Rindensfels. Der Bucklige und die Tänzerin. Die Teepuppe. Der Mörder.

Wintergarten. Ellen Richter. Sizilianische Blutrache. Arnold Rieck. Der Vorstadt-Caruso.

